



Forum  
Demographischer Wandel  
des Bundespräsidenten

Jahreskonferenz 2005

in Zusammenarbeit mit der  
| BertelsmannStiftung

## Inhalt

Auftaktveranstaltung  
 Demographischer Wandel in Deutschland  
 6. – 7. Dezember 2005  
 Landesvertretung Baden-Württemberg  
 Tiergartenstraße 15  
 Berlin

Programm	3
Einleitung	4
Eröffnungsrede des Bundespräsidenten	6
Die Arbeitsgruppen	
AG 1: Zukunft Wirtschaft und Soziales	12
AG 2: Zukunft Bildung und Wissenschaft	15
AG 3: Zukunft Familie und Kinder	18
Das Abschlussplenum	23
Schlusswort des Bundespräsidenten	24
Anhang	
• Panorama der Fakten und Herausforderungen	26
• Neuseeländische Lektionen	36
• Pressestimmen	46

**Dienstag, 6. Dezember 2005**

- 13.00 Uhr Eröffnungsrede  
Bundespräsident  
Dr. Horst Köhler
- 13.30 Uhr Parallele Arbeitsforen  
Leitthema:  
Entwicklungstrends und  
deren Folgen
1. Zukunft Familie  
Einführung:  
Professor Dr. Hans Bertram,  
Leiter des Lehrbereichs  
Mikrosoziologie an der  
Humboldt-Universität Berlin  
Moderation:  
Ministerialdirektorin Cornelia  
Quennet-Thielen,  
Leiterin Abteilung Inland  
im Bundespräsidialamt  
Berichterstatte(rin):  
Dr. Susanne Gaschke,  
Redakteurin, Die ZEIT
2. Zukunft Wirtschaft  
und Soziales  
Einführung: Professor Dr.  
Thomas Straubhaar Direktor,  
Hamburgisches Welt  
Wirtschaftsinstitut  
Moderation:  
Dr. Johannes Meier,  
Mitglied des Vorstandes  
der Bertelsmann Stiftung  
Berichterstatte(rin):  
Dr. Ursula Weidenfeld,  
Stellvertretende Chefredak-  
teurin, Der Tagesspiegel
3. Zukunft Bildung und  
Wissenschaft  
Einführung:  
Professor Dr. Detlef Müller-  
Böling, Leiter des Centrums  
für Hochschulentwicklung,  
Gütersloh  
Moderation:  
Professor Dr. Manfred  
Erhardt, Wissenschafts-  
senator a. D., Berlin  
Berichterstatte(rin):  
Heike Schmoll, Redakteurin,  
Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung
- 15.30 Uhr Fortsetzung Arbeitsgruppen  
Leitthema:  
Zukunftsoptionen und deren  
Umsetzungsbedingungen

- 19.00 Uhr Dinner Speech  
„Neuseeländische Lektionen“  
Sir Roger Douglas  
Finanzminister a.D.  
Neuseeland

**Mittwoch, 7. Dezember 2005**

- 9.00 Uhr Berichte aus den  
Arbeitsgruppen  
Kurzpräsentationen  
der Berichterstatte(r)en  
Diskussion im Plenum
- 11.00 Uhr Vortrag:  
„Future Thinking and  
Demography“  
Judge Shlomo Shoham  
Leiter der „Kommission für  
zukünftige Generationen“  
der Knesset, Israel
- 11.30 Uhr Diskussion im Plenum
- 12.30 Uhr Schlusswort

Gesamtmoderation:  
Dr. Johannes Meier, Mitglied des  
Vorstandes der Bertelsmann Stiftung

## Programm

## Einleitung

In Deutschland sinkt seit Jahrzehnten die Zahl der Kinder, die Bevölkerung wird immer älter und durch Zuwanderung immer vielfältiger. Familienstrukturen und Lebensverläufe verändern sich, Städte und Regionen schrumpfen, der Anteil von Menschen mit nichtwestlicher kultureller Herkunft nimmt zu. – All das stellt uns in Verbindung mit Veränderungen in unserer Arbeitswelt, mit dem Trend hin zu einer flexiblen, wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft und mit einer zunehmenden Verflechtung der Wirtschaft vor neue Herausforderungen: für unsere sozialen Sicherungssysteme, für das Zusammenleben der Generationen, für den gerechten Umgang mit knappen Ressourcen und damit letztlich auch für die Frage, wie eine nachhaltige Zukunftssicherung gelingen kann.

Der demographische Wandel ist gewiss nicht die alleinige Ursache für die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht. Er vergrößert sie jedoch häufig und sollte darum bei der Suche nach Lösungen weit systematischer und genauer mitbedacht werden als bisher. Diesem Ziel dient das Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten.

### Worum geht es im Einzelnen?

Demographische Nachhaltigkeit setzt Nachwuchs voraus. Zwar ist die Entscheidung für oder gegen Kinder Privatsache und sollte das auch bleiben. Aber diese Entscheidung hat weit reichende Folgen für fast alle Bereiche des Zusammenlebens und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Unsere Gesellschaft tut deshalb gut daran, potenziellen Eltern das „Ja“ zum Kind zu erleichtern. Und sie muss ein Interesse daran haben, dass diese Kinder erfolgreich sozialisiert werden und gute Startbedingungen für ihren weiteren Lebensweg erhalten.

Beim Forum Demographischer Wandel wird darum nach der Lebenswirklichkeit derer gefragt, die Familien bilden; nach den Umständen, die die Gründung von Familien erschweren oder verhindern; nach den Problemen, die sich daraus ergeben, und nach möglichen Wegen. Gerade eine alternde und schrumpfende Gesellschaft wie die deutsche muss jeden Einzelnen dabei unterstützen, seine Möglichkeiten voll zu entfalten. Nur so kann sie ihr Humanvermögen erhalten. Darum wird ein wichtiges Thema des Forums die Frage sein, wie das Humanvermögen unserer Gesellschaft unabhängig von Herkunft, Lebensalter und Besitzstand stärker entwickelt werden kann. Schließlich wird auch die Frage beleuchtet werden, welche Folgen der demographische Wandel für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat und was getan werden kann, um trotz wachsender Heterogenität Integration zu ermöglichen.

Das Forum Demographischer Wandel des Bundespräsidenten wird sich diesen Fragen in den kommenden Jahren unter anderem in Werkstattgesprächen und einer jährlichen Themenkonferenz widmen. Es soll das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung und die Folgen des demographischen Wandels schärfen und eine Plattform bieten, um Erfolg versprechende Optionen für den Umgang mit diesem Prozess zu erarbeiten. Darüber hinaus ist es ein Ziel dieses Forums, positive Beispiele und Strategien zusammenzutragen und die Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft, in den Kommunen und den Ländern sowie auf Bundesebene zum Handeln zu ermutigen.



Den Auftakt des Forums Demographischer Wandel bildete die in dieser Schrift dokumentierte Konferenz am 6. und 7. Dezember 2005 in Berlin, zu der rund 150 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben eingeladen waren.

Der Eröffnungsrede des Bundespräsidenten folgten am ersten Tag vertiefte Diskussionen in drei Arbeitsgruppen zu den Themenbereichen „Wirtschaft und Soziales“, „Bildung und Wissenschaft“ sowie „Familie und Kinder“. Am Abend referierte Sir Roger Douglas, der ehemalige Finanzminister Neuseelands, über seine Erfahrungen mit wirtschaftlichen Reformprozessen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden am zweiten Konferenztag im Plenum zur Debatte gestellt. Dabei kristallisierte sich als übergreifendes Problem die Frage heraus, wie unsere Gesellschaft mit der wachsenden Heterogenität produktiv umgehen soll.

Es herrschte allgemeiner Konsens darüber, dass gerade angesichts des demographischen Wandels eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung unabdingbar ist. Offen blieb, wie sich diese Einsicht mit der Erkenntnis verträgt, dass der demographische Wandel einen höheren Bedarf an gesellschaftlicher Steuerung mit sich bringt und es nicht genügt, in einzelnen Teilbereichen wie etwa der Wirtschafts-, Familien- und Bildungspolitik isolierte Antworten zu entwickeln. Vielmehr werden integrierte Konzepte gebraucht. Viele Anregungen dazu lieferte Richter Shlomo Shoham, der von seiner Arbeit als Vorsitzender der „Kommission für zukünftige Generationen“ der Knesset und von deren Einflussmöglichkeiten auf politische Prozesse berichtete.

Die gemeinsame Anstrengung aller Disziplinen und gesellschaftlichen Gruppen zu befördern, Kernthemen zu vertiefen, offenen Fragen nachzugehen und Schnittstellen zu bearbeiten – das ist die Aufgabenstellung des Forums Demographischer Wandel in den kommenden Jahren.

Ein Panoramapapier zu den Fakten und Herausforderungen des Demographischen Wandels für unsere Gesellschaft wurde allen Teilnehmern vorab zugesandt und befindet sich im Anhang dieser Dokumentation.

Der Bundespräsident hat als Kooperationspartner für das Forum Demographischer Wandel die Bertelsmann Stiftung gewählt. Sie hat dem demographischen Wandel bereits mehrere Projekte gewidmet. Darüber hinaus strebt das Forum Demographischer Wandel die Zusammenarbeit mit weiteren Stiftungen und Organisationen an, die sich den Herausforderungen des Themas widmen, und sammelt „best practice“-Beispiele für den Umgang mit dem demographischen Wandel. Hinweise auf entsprechende gute Projekte sind willkommen (Kontakt unter: [www.forum-demographie.de](http://www.forum-demographie.de)).



## Rede von Bundespräsident Horst Köhler am 6.12.2005 in Berlin



Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen! Ich freue mich auf die Diskussion und auf unsere Zusammenarbeit.

### I.

Das Thema unserer Konferenz ist im Grunde: die Zukunft. Wir alle wissen: Die Zukunft ist ihrer Natur nach offen. Das macht unser Thema so interessant. Dauernd wird die Zukunft vorhergesagt, dauernd werden Vorhersagen wieder revidiert. Fest steht aber auch: Wir können die Zukunft beeinflussen, zum Guten wie zum Schlechten. Und weiter steht fest: Wir haben sie oft beeinflusst, ohne uns dessen bewusst zu sein. Denn Zukunft ist zu einem gehörigen Teil auch aus dem gemacht, was wir in der Vergangenheit getan oder unterlassen haben – als Einzelne und als Gesellschaft im Ganzen.

Wir Deutsche haben die Zukunft unseres Landes erheblich vorbestimmt, indem wir in den vergangenen 30 Jahren sehr viel weniger Kinder zur Welt gebracht, ausgebildet und erzogen haben als in den Jahrzehnten davor. Das hat schon unsere Gegenwart verändert – auf den Spielplätzen toben immer weniger Kinder umher, und in den Fußgängerzonen ist Kinderlachen immer seltener geworden. Aber das ist erst der Anfang. Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann wird sie die Zukunft unseres Landes noch viel stärker prägen, denn immer weniger Kinder bedeuten auch immer weniger künftige Eltern.

### II.

In Zahlen gesprochen: Seit Anfang der 1970er Jahre ist jede Generation von Deutschen um rund ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration. Zugleich werden wir immer älter. Wir haben im Durchschnitt rund vier Jahre länger zu leben als unsere Eltern; und unsere Kinder – wenn wir welche haben – wiederum vier Jahre länger als wir. Die Lebenserwartung liegt heute um 30 Jahre höher als vor 100 Jahren.

Bleibe die Geburtenrate gleich, stiege die Lebenserwartung wie bisher und kämen von heute auf morgen keine Einwanderer mehr, dann würden am Ende dieses Jahrhunderts nicht einmal halb so viele Menschen in Deutschland leben wie heute. Wahr-



scheinlich wird die Einwohnerzahl dann doch um einiges höher liegen. Jedenfalls, wenn weiterhin mehr Menschen zu- als abwandern. Aber auch Zuwanderung auf dem bisherigen Niveau wird den Bevölkerungsrückgang nicht aufhalten, sondern allenfalls bremsen.

Wie genau auch immer diese Prognosen sein mögen – der Trend steht fest: Während sich in manchen Teilen Afrikas und der arabischen Welt die Bevölkerung schon in den nächsten 50 Jahren fast verdoppeln könnte, wird sie in Deutschland schrumpfen, und sie wird altern.

Die Folgen dieses Wandels werden nicht alle Regionen zugleich und nicht alle mit der gleichen Wucht treffen. Ostdeutsche Städte wie Halle und Chemnitz, aber auch westdeutsche wie Bremerhaven und Gelsenkirchen verlieren schon jetzt immer mehr Bewohner. Kindergärten und Schulen, Büchereien und Theater werden geschlossen, Bürogebäude und Ladenlokale stehen leer, Buslinien werden eingestellt, Unternehmen finden nicht mehr genug qualifizierte Mitarbeiter. Zugleich werden in einigen großen Städten immer mehr Menschen leben, die selbst oder deren Eltern aus dem Ausland zugewandert sind – rund 50 Prozent werden sie schon in ein paar Jahren bei den unter 40-Jährigen ausmachen.

Wer Arbeit hat, muss künftig für immer mehr Ältere mitsorgen. Während heute 100 Menschen im Erwerbsalter für 44 Rentner, Pensionäre aufkommen, werden sie im Jahr 2050 bereits für gut 80 Rentner zu sorgen haben. Bis dahin wird sich zudem die Zahl der Hochbetagten verdreifachen. Auf der anderen Seite fehlen die Kinder, die gestern nicht geboren wurden, morgen als Kunden und Konsumenten. Sie fahren nicht Auto, brauchen keine Wohnung, machen keine Urlaubsreisen und gehen nicht ins Restaurant.

### III.

Der demographische Wandel wird also jeden Einzelnen von uns betreffen. Genau so wichtig ist aber auch die Feststellung: Wir sind den Ursachen und den Folgen des demographischen Wandels nicht hilflos ausgeliefert. Wir haben durchaus Möglich-

keiten zu handeln, die Zukunft zu beeinflussen. Und wir müssen diese Möglichkeiten auch nutzen, das schulden wir den nachfolgenden Generationen.

Dann müssen wir uns aber zunächst auch Fragen stellen: Wie stellen wir uns die Zukunft unseres Landes in 20 oder auch in 50 Jahren eigentlich vor? Wie werden wir leben, wie wollen wir leben? Wollen wir vor allem auf die Selbststeuerungskräfte der Gesellschaft vertrauen – oder wollen wir versuchen, Weichen neu zu stellen? Und welche Optionen stehen uns dafür offen?

Das sind grundlegende Fragen. Ich wünsche mir eine ganz offene, unvoreingenommene Diskussion darüber – bei dieser Konferenz, vor allem aber auch überall in Deutschland.

#### IV.

Verstehen, was geschieht, mit den Folgen umgehen und Handlungsoptionen für die Zukunft entwickeln: drei große Herausforderungen für unser Land – und für uns alle hier im Saal.

Vielleicht gehört an den Anfang die Frage, ob die verfügbaren Zahlen und Fakten ausreichen, um die bevorstehenden Veränderungen zu erfassen. Sind unsere Statistiken ausreichend? Oder brauchen wir präzisere Umfragen, tiefer gehende Stichproben, möglicherweise sogar eine neue Volkszählung?

Wir wollen die komplexen Folgen kennen, die der demographische Wandel für alle Bereiche unserer Gesellschaft hat. Wir wollen wissen, was er bedeutet für die hier ansässigen Unternehmen und Betriebe, für die Schulen und Universitäten, für die Forschung. Wir wollen herausfinden, wie er das Gesicht unserer Städte und Landschaften verändern wird; wen er wie trifft – im Osten, im Westen, im Norden, im Süden. Und: Wie er sich auf die Beziehungen der Menschen untereinander auswirken wird.

Besonders viele Gedanken mache ich mir selber darüber, was es für ein Land bedeutet, wenn immer weniger Kinder darin leben. Was bedeutet das eigentlich? Man sagt ja oft: „Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.“ Und es stimmt ja, Kinder sind von Natur aus neugierig, lernfreudig, zuversichtlich. Aber bedeuten weniger Kinder auch automatisch weniger Innovationsfreude, weniger Offenheit gegenüber neuen Ideen und mehr Zukunftsangst? Ist das so? Muss das so sein? Können ältere Gesellschaften nicht vielleicht genauso offen für Neues sein wie jüngere? Und: Wer sagt denn eigentlich, ob wir und wann wir alt sind? Es gibt ja den Spruch: „Man ist immer so alt wie man sich fühlt“ – gilt das auch für ein Land?

Ich bin mir sicher: Man kann auch im Alter offen für Neues und Kreatives sein. Die Erfahrung und Umsicht der Älteren sind in vielen Zusammenhängen wichtig. Ich möchte sogar darüber hinausgehen: Vielleicht werden sie sogar immer wichtiger. Wir müssen das, was die Älteren – in der Sprache der Ökonomen – „akkumuliert“ haben, verfügbar machen für die Jüngeren, gerade in einer Phase der Entwicklung unserer Gesellschaft, in der wir viele Anpassungen und Veränderungen zu bewältigen haben. Es würde mich reizen, als Ökonom Modelle zu entwickeln, wie das sogenannte „Humankapital“ oder „Humanvermögen“ in gesamtwirtschaftliche Modelle integriert werden kann, um herauszufinden, wie man mit diesem Kapital ökonomischer umgehen kann.

Ich halte es deshalb für überfällig, dass wir darüber nachdenken, was wir gegen die Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt tun können, der sich so viele Menschen



ausgeliefert fühlen. Was ist das eigentlich für ein Land, in dem wir bald bis 67 arbeiten sollen, in dem aber viele schon mit 50 keine Stelle mehr finden, weil die Unternehmensleitungen eine „vergreisende Belegschaft“ befürchten oder weil sie vorrechnen, ältere Mitarbeiter kosteten sie zu viel? Da muss und kann man sich mehr einfallen lassen, meine Damen und Herren.

Eine der wichtigsten Fragen wird sein, wie wir Zuwendung und Pflege für immer mehr alte Menschen sichern, die keine Familien mehr haben, die sich um sie kümmern können. Ich habe auf meinen Reisen durchs Land, durch Deutschland, schon viele gute Beispiele dafür gesehen. Zum Beispiel das Stiftungsdorf Gröpelingen in Bremen: eine Wohnanlage, in der Zuwanderer hauptsächlich aus der Türkei ihren Lebensabend gemeinsam mit Einheimischen verbringen, in der es eine Tagesstätte gibt für die Kleinsten, in der behinderte Menschen einen Platz finden, in der eine Volkshochschule Anregungen und neue Fähigkeiten vermittelt – und das Interessante noch „on top“: initiiert und finanziert von einem türkischstämmigen Unternehmer. Oder die Mehrgenerationenhäuser, in denen sich Alte und Junge gegenseitig helfen, indem die einen die anderen betreuen, indem sie tauschen, was sie zu tauschen haben: Kinderkleidung oder Kenntnisse – vor allem aber Zeit und – vielleicht das Wichtigste überhaupt – Zuwendung. Was können wir tun, dass viele solcher Ideen Realität werden?

Zentral wird auch die Frage sein, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme umbauen und ergänzen, damit die wachsende Zahl der Älteren auch künftig einen guten Lebensabend hat, ohne die Jüngeren zu überlasten. Wir müssen uns viel mehr als bisher Gedanken darüber machen, wo wir sparen können und wo das staatliche Handeln viel effizienter werden kann, damit unsere Kinder und Enkel überhaupt noch finanzielle und politische Gestaltungsspielräume haben.

Wenn wir sparen, dann freilich nicht an der Bildung. Denn klar ist, dass bei sinkenden Kinderzahlen noch dringender als je zuvor geboten ist, jedem Kind in unserem Land ungeachtet seines Elternhauses bestmögliche Bildungschancen zu geben. Ich wiederhole, was ich schon oft gesagt habe und was ich immer wieder sagen werde: Bildungschancen für alle – das ist die für mich wichtigste Form sozialer Gerechtigkeit, gerade vor dem Hintergrund dessen, was dieser Gesellschaft noch bevorsteht. Wie versetzen wir alle Kinder in die Lage, nach Kräften Gebrauch von ihren Talenten zu machen?

Hier sehe ich, wie in vielen anderen Bereichen, schon gute, ermutigende Arbeit im Alltag: Ein Beispiel möchte ich bringen, ich habe es gesehen bei meinem Besuch in der Gemeinschaftshauptschule Tiefentalstraße in Köln-Mülheim, 98 Prozent der Kinder haben dort Migrationshintergrund. Und in dieser Schule habe ich ein ganz bemerkenswertes, faszinierendes Engagement festgestellt: der Lehrer, der Gemeinde, der privaten Stiftung, die diese Schule unterstützt. Aber ich habe auch festgestellt, dass solche Schulen in Deutschland immer noch viel zu selten sind. Wir müssen begreifen: Das muss sich ändern.

Darüber hinaus gibt es viele Fragen, die wir uns noch nicht ernsthaft genug stellen. Zum Beispiel: Wollen wir mehr Zuwanderung? Und wenn ja, welche? Wie kann die Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen gelingen? Denn klar ist, dass der Bevölkerungsanteil derer mit Migrationshintergrund, wie es ein wenig kompliziert heißt, stetig wachsen wird. Welche Hilfestellung brauchen Menschen, um bei uns Fuß zu fassen, und was müssen sie mitbringen – von der Bereit-

schaft, Deutsch zu lernen, bis zur Anerkennung der Grundwerte, die unsere Verfassung und unser Zusammenleben prägen?

Ich finde, wir sollten uns aber nicht nur fragen, was wir dem Altern und dem Schrumpfen unserer Gesellschaft entgegensetzen können. Wir sollten uns ruhig auch einmal fragen, ob wir dem Schrumpfen der Bevölkerung überhaupt etwas entgegensetzen wollen.

Um uns zu vergewissern, was wir wirklich wollen, sollten wir deshalb auch danach fragen, wie es sich lebt mit erheblich weniger als 80 Millionen Einwohnern. Vielleicht sind die viel beschworenen demographischen Probleme gar keine Probleme, sondern Teil der Lösungen – zum Beispiel im Umweltbereich. Wir sollten solche Fragen zulassen und nicht durch Dramatisieren die Menschen einschüchtern. Aber natürlich müssen wir – bei aller Offenheit auch für solche Blickwinkel – dem Ernst der Fragestellung gerecht werden.

Wenn wir dem Altern und dem Schrumpfen unserer Gesellschaft bewusst etwas entgegensetzen wollen – was ich für geboten halte –, dann sollten wir uns fragen, ob wir uns eigentlich schon wirklich damit auseinandergesetzt haben, warum immer mehr junge Menschen bei uns kinderlos bleiben – und das, obwohl sie in Umfragen durchaus den Wunsch nach Familie und Kindern äußern.

Den Menschen die Erfüllung dieses Wunsches möglich zu machen, sollte uns ein hohes Ziel sein – und zwar bewusst nicht vor allem deshalb, weil das demographisch wünschenswert ist oder wäre, sondern weil Kinder letztlich unserem Leben Sinn und Offenheit geben. Wer das Glück hat, Kinder heranwachsen zu sehen, entdeckt das Leben noch einmal ganz neu. Zumindest hat er die Chance dazu. Wer mit Kindern lebt, lernt, gewohnte Dinge in Frage zu stellen – und wird selbst viel von ihnen lernen können. Wer selber Kinder hat, trägt Verantwortung über die eigene Lebensspanne hinaus – und lebt in der Erinnerung seiner Kinder fort.

Das ist ein Zitat: „Ein Kind ist die einzige Art der Unsterblichkeit, derer wir sicher sein können“, von wem stammt das wohl? Von Peter Ustinov. Auch wer auf mehr hofft, wird dem nicht widersprechen.

Wenn Frauen und Männer in Deutschland gerne mehr Kinder hätten, als sie tatsächlich bekommen, dann müssen wir vor allem ganz direkt fragen, was sie daran hindert und wie die Hindernisse möglichst beiseite geräumt werden können. Wie tragen wir den veränderten Lebenswünschen gerade von besonders qualifizierten jungen Leuten besser Rechnung? Welche Chancen eröffnen wir jungen Frauen und Müttern, die heute vielfach dasselbe wollen wie die Männer: Eigenständigkeit im Beruf – und Kinder?

Was kann geschehen, um Familienwelt und Berufswelt, diese noch immer so schwer miteinander verträglichen Sphären, besser vereinbar zu machen? Wie nutzen wir die Möglichkeiten, die in der Auflösung der alten Rollenmuster – den Frauen die Familie, den Männern den Beruf – ja doch auch liegen? Was muss sich bei uns Männern ändern?

Wie können wir Familienpolitik in umfassenderem Sinne zur Investitionspolitik in die Zukunft unseres Landes machen? Und das meine ich nicht im Sinne des Ökonomen, sondern im Sinne der Zukunftsgestaltung, Vorbereitung und auch Unterstützung. Und wie beweisen wir über das Materielle hinaus mehr Achtung und Anerkennung dafür, was Eltern indirekt für alle anderen mitleisten, indem sie für Nachwuchs sorgen?

V.

Die Aufgaben sind groß. Aber, meine Damen und Herren, wenn ich auch sehe, wer hier alles versammelt ist, habe ich nicht das Gefühl, dass uns vor diesen Aufgaben bange sein müsste. Wir können vielleicht nicht auf alle der vielen Fragen hier und heute und in den nächsten Monaten überzeugende Antworten finden, aber möglicherweise doch auf einige der besonders wichtigen. Das ist jedenfalls mein Ziel und mein Ehrgeiz, und dann sind wir vielleicht einen Schritt weiter. Und schließlich: Es gibt schon eine ganze Menge, worauf wir aufbauen können: Das zeigen mir die vielen praktischen Beispiele für gutes Zusammenleben, die ich als Bundespräsident – ein echtes Privileg – im Land gesehen habe, und das zeigen mir die vielen vorzüglichen Studien, die es schon gibt. Wir fangen also nicht bei Null an.

Ich wünsche mir aber, dass wir mehr tun als nur Studien zu reflektieren. Ich wünsche mir, dass wir unsere Kenntnisse und Kräfte bündeln, vereinen. Wir müssen die Menschen erreichen, die etwas von unserem Thema verstehen und die die Dinge voranbringen können und auch voranbringen wollen. Und wir müssen allen klarmachen: Wenn wir heute vom demographischen Wandel unseres Landes reden, dann reden wir von unserer persönlichen Zukunft. „Die Gesellschaft“, das sind wir alle. Wir, die wir wissen wollen, wovon wir künftig leben werden; mit wem wir unseren Lebensabend verbringen werden; wer bei uns sein wird, wenn wir nicht mehr so können, wie wir wollen. Ich möchte, dass wir begreifen: Das ist eine ganz persönliche Fragestellung an uns. Wir brauchen nicht nur kühlen Verstand, sondern eine Vorstellung, wie wir eigentlich leben wollen.

Ich glaube, dass wir die Chance haben, nicht nur den Verstand, nicht nur das Geld, sondern auch das Herz in diese Diskussion einzubringen und damit dieser Diskussion einen Kern zu geben, den wir grundsätzlich brauchen: zu wissen nämlich, wer wir sind und wo wir hinwollen. Wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dann auch entsprechend gehandelt wird. Denn das, was wir heute tun werden, wird ein, zwei Jahrzehnte brauchen, um nachhaltig zu wirken, aber auch dann noch Früchte tragen, wenn es uns selber längst nicht mehr gibt.

Ich will mit diesem Forum Demographie heute, morgen und in den kommenden Jahren einen Beitrag leisten – zusammen mit Ihnen, gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung, der ich herzlich danke für die Zusammenarbeit. Dem Land Baden-Württemberg und stellvertretend Herrn Minister Professor Reinhart danke ich dafür, dass wir in dieser schönen Landesvertretung tagen können. Ich hoffe, Sie alle helfen mit, jeder an seinem Platz, jeder in seinem Verantwortungsbereich, die wichtigen Fragen und möglichen Antworten hieraus dann auch ins Land zu tragen.

Meine Damen und Herren, ich kenne ein afrikanisches Sprichwort, das für unsere gemeinsamen Gespräche über Demographie gut passt. Es lautet: „Die beste Zeit, einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren. Die zweitbeste Zeit ist jetzt.“



## Die Arbeitsgruppen

Die Ursachen und Verlaufsformen des demographischen Wandels verstehen, mit seinen Folgen umgehen und Handlungsoptionen für unsere Zukunft entwickeln – das waren die drei großen Herausforderungen, die der Bundespräsident einleitend umrissen hatte. Sie bestimmten auch die Bewegungsrichtung der Diskussion jener drei Arbeitsgruppen, in denen sich die Teilnehmer eingehender mit dem demographischen Wandel beschäftigten.

Gestützt auf ein gemeinsames Fakten-Panorama sowie auf jeweils spezifische Impulse durch ausgewiesene Experten diskutierten sie zu drei Themenfeldern: „Zukunft Wirtschaft und Soziales“, „Zukunft Bildung und Wissenschaft“ sowie „Zukunft Familie und Kinder“. Sie taten dies in durchaus unterschiedlicher Akzentuierung und Schwerpunktsetzung – insbesondere beim Nachdenken über mögliche Handlungsoptionen. Während die beiden ersten Gruppen sich vorrangig damit beschäftigten, wie mit den Folgen des demographischen Wandels umzugehen sei, entwickelte die letzte Gruppe Überlegungen, ob und wie dem Geburtenrückgang – als einer zentralen Ursache des demographischen Wandels – entgegengewirkt werden kann.

### AG 1: Zukunft Wirtschaft und Soziales

Geburtenrückgang, steigende Lebenserwartung, Migration: Das sind die drei bewegenden Momente des demographischen Wandels, der sich – ähnlich wie in ganz Europa – in unserem Land vollzieht. Wie sich dieser Wandel auswirken wird, ist nicht unumstritten. Ausgehend von

einem Impuls durch Prof. Straubhaar (HWWI, Hamburg) diskutierte die Arbeitsgruppe mögliche Konsequenzen für unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft.

Dass unsere Gesellschaft altert, ist in allen Szenarien unstrittig: Geburtenrückgang und steigende Lebenserwartung wirken dabei in die gleiche Richtung, Zuwanderung ändert daran nur wenig – auch Migranten werden älter. In welchem Umfang sie schrumpft, scheint weniger klar prognostizierbar: Dem Geburtenrückgang wirken hier sowohl die steigende Lebenserwartung wie auch die Zuwanderung tendenziell entgegen.

### Rente und Gesundheit

Wie genau sich die Bevölkerungszahl auch immer entwickeln wird: Auf jeden Fall schrumpfen – und zwar spürbar – wird das Erwerbspotenzial, also die Zahl der aktiv Erwerbstätigen, die einem entsprechend größeren Anteil von Älteren gegenüberstehen. Das wirft Fragen zur Zukunft unserer Sozialsysteme auf.

Zumindest das Rentensystem, so die übereinstimmende Einschätzung, dürfte sich durch die in jüngerer Zeit getrof-



fenen Maßnahmen als einigermaßen zukunftsfest erweisen.

In der Diskussion des Gesundheitssystems hingegen wurden die wichtigsten Fragen bisher kaum diskutiert. Immer mehr ist medizinisch möglich, immer mehr ältere Menschen werden auf diese Fortschritte angewiesen sein. Statt um unterschiedliche Beitrags- und Finanzierungsmodelle geht es im Kern letztlich um die Frage: Welche Qualität von Gesundheit können und wollen wir uns künftig leisten? Und wie können wir einen gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage solidarisch organisieren?

### Regionale Verwerfungen

Für wie bedrohlich wir einen Rückgang der Bevölkerung auch immer halten mögen – solange er sich allmählich und gleichmäßig vollzöge, wäre ihm noch recht gut zu begegnen. Dem ist jedoch nicht so: Er geht einher mit einem teilweise dramatischen regionalen Strukturwandel.

Schon heute sind viele Regionen von deutlichen Bevölkerungsverlusten geprägt. Auch wenn sich das Bild im Einzelnen differenziert darstellt, ist der über-

greifende Trend deutlich: Insbesondere jüngere, leistungsfähige Menschen zieht es in die Nähe prosperierender Stadtregionen und Metropolen. Ländliche Regionen und strukturschwache Städte, insbesondere im Osten Deutschlands, aber auch im Westen, etwa im Ruhrgebiet, sind die Verlierer und drohen zu veröden.

Ein Bevölkerungsrückgang unter solchen Bedingungen stellt völlig neue Fragen: Wie gestalten wir die Infrastruktur für sich leerende Räume? Die Ärztesversorgung, die Bildung oder auch Verkehr und Telekommunikation? Kann unter diesen Voraussetzungen noch der Grundgesetz-Auftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Art. 72 (2) GG) erfüllt werden?

### Heterogenität und Zusammenhalt

Regionale Verwerfungen sind nur ein Beispiel dafür, dass unsere Gesellschaft künftig sehr viel heterogener sein wird. Die Potenziale des Alters sind das Ergebnis unterschiedlichster Biografien und stehen eher für eine Verfestigung individueller Unterschiede. Diese Tatsache mag bislang vom herkömmlichen Bild



des Alters als passiver Ruhestandsphase verdeckt worden sein. Unter der Bedingung des aktiven Älterwerdens wird sie – in einer insgesamt älter werdenden Gesellschaft – umso deutlicher hervortreten.

Dabei geht es nicht allein um unterschiedliche kulturelle Prägungen und Vorlieben, sondern um teilweise sehr handfeste soziale Unterschiede: zwischen Eltern und Kinderlosen, zwischen reichen und armen Alten, zwischen Bildungsfernen und (Weiter-)Bildungsbefähigten, zwischen Erben und Nichterben, zwischen Einheimischen und Zuwanderern und natürlich auch: zwischen Jungen und Alten. Solche Heterogenität kann durchaus ihre bunten und belebenden Seiten haben, sie stellt uns dennoch vor die Anforderung, unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt unter geänderten Vorzeichen zu verhandeln.

### Mut und Innovation

Wir dürfen uns nicht einmal darauf verlassen, dass sich das Problem der Arbeitslosigkeit im Zuge des demographischen Wandels sozusagen biologisch lösen wird. Im Gegenteil: Steigender

Wettbewerbsdruck und die mit anwachsenden Altersvorsorgefonds verfügbaren Investitionsmittel dürften zu einer kapitalintensiveren Produktion führen. Wachsende Disparitäten und eine steigende Sockelarbeitslosigkeit – insbesondere von Geringqualifizierten – wären die Folgen, wenn wir nicht aktiv gegensteuern: Denn über unseren künftigen Wohlstand werden die Produktivität und Innovationskraft unserer Wirtschaft entscheiden. Alles wird davon abhängen, ob wir die entsprechenden Bedingungen dafür schaffen können. Dazu gehört vor allem ein grundlegendes gesellschaftliches Klima des Optimismus und des Mutes zur Innovation.

Unbekümmertes Voranschreiten, das Infragestellen von Hergebrachtem, das Verlassen ausgetretener Pfade – all dies gehört ja zu den Eigenschaften und Fähigkeiten, die wir vor allem jüngeren Menschen zuschreiben. Eine der spannendsten Zukunftsfragen lautet: Wie schaffen wir ein solches Klima für Innovation, für Unbequemes, für Brüche mit Hergebrachtem in unserer alternden Gesellschaft? Wie schaffen und erhalten wir den Raum für talentierte Aufbrüche und kreative Kühnheiten? Wie bleiben wir

attraktiv für junge, hochqualifizierte Köpfe, welche Chancen eröffnen wir ihnen, ihre neuartigen Ideen zu erproben, erfolgreich zu sein? Einer Gesellschaft, die im Senioritäts-Prinzip erstarrt, wird dies jedenfalls kaum gelingen.

## Ressourcen und Talente

Ganz abstrakt leuchtet es ja unmittelbar ein: Wenn die verfügbaren Kräfte einer Gesellschaft quantitativ schrumpfen, muss dieses Potenzial umso intensiver genutzt, umso sorgfältiger gepflegt und besser ausgeschöpft werden.

Das gilt zum einen für unsere Art zu arbeiten: Wir werden länger und anders arbeiten müssen.

Länger arbeiten: Angesichts der gestiegenen Lebenserwartung ist es – auch für immer mehr Ältere – schwer einzusehen, warum ein Zugewinn an aktiver Lebenszeit sich ausschließlich in einer Verlängerung des Ruhestands niederschlagen soll.

Anders arbeiten: Noch ist zu wenig erforscht, wie genau sich eigentlich das Lebensalter auf die Leistungs- und Arbeitsfähigkeit auswirkt. Zumindest unter den Bedingungen der traditionellen Arbeitskultur gilt wohl: Erfahrungswissen und soziale Kompetenz steigen mit dem Alter, zugleich gibt es Hinweise auf ein Absinken der individuellen Produktivität und Innovationsfähigkeit. Hier brauchen wir einen Kulturwechsel, der dem viel zitierten lebenslangen Lernen neue und wörtliche Aktualität verleiht.

Lebenslanges Lernen wird freilich nicht erst für Ältere aktuell. Insgesamt ist eine verbesserte Bildung der Schlüssel für eine erhöhte Produktivität und Innovationskraft unserer alternden Gesellschaft. Von der frühkindlichen Förderung über ein qualifiziertes Schul- und Ausbildungssystem bis zu exzellenten Hochschulen und einem leistungsfähigen

Weiterbildungssektor – alle Bildungsebenen sind gefragt.

Hier liegt zugleich der Schlüssel, um das „demographische Geschenk“ der Zuwanderung richtig annehmen und würdigen zu können, nachdem es über Jahrzehnte – durch Nachlässigkeiten von beiden Seiten – verschmäht worden ist. Denn es ist ja nicht schlichte Zuwanderung für sich genommen, die unserem Land weiterhilft. Im Gegenteil: Für die Zuwanderung Hochqualifizierter, die wir bräuchten, sind wir nicht ausreichend attraktiv. Stattdessen sollten wir diejenigen, die bei uns sind, endlich so integrieren, dass ihre Talente nicht nutzlos verkümmern. Erst aktive Integration durch Bildung ermöglicht uns, die Zuwanderung als Chance zu nutzen, statt sie durch Untätigkeit zu einem unkontrollierbaren Risiko werden zu lassen.

## AG 2: Zukunft Bildung und Wissenschaft

Unter den Bedingungen des demographischen Wandels können wir es uns weniger denn je leisten, die Talente und Ressourcen, über die unser Land verfügt, brachliegen zu lassen. Im Gegenteil, die Frage steht: Über welche Mittel verfügen wir, um sie sorgfältiger pflegen und intensiver nutzen zu können? Zumal unter den Bedingungen der globalisierten Wissensgesellschaft kommt dem Thema Bildung und Qualifikation hier die entscheidende Schlüsselrolle zu.

Bevor der Frage nachgegangen wurde, wie Bildung dieser Aufgabe gerecht werden kann, wies Prof. Müller-Böling (CHE, Gütersloh) in seinem Input darauf hin, dass natürlich auch die Strukturen des Bildungssektors selbst von den Auswirkungen des demographischen Wandels betroffen sind. Und sie scheinen darauf nicht besonders gut vorbereitet.







### Noch ungelöste Probleme: Quantitativ...

Die Hochschullandschaft wird unter extremen Schwankungen zu leiden haben. Bis etwa zum Jahr 2015 werden die Studierendenzahlen, u. a. als Reaktion auf die Verkürzung der Schulzeit, noch einmal dramatisch um 30 % ansteigen, um dann langsam dem allgemeinen Trend zu folgen, bis sie schließlich 20-30 % unter dem heutigen Niveau liegen. Wie solche Schwankungen einigermaßen produktiv zu bewältigen sind, wie die Hochschulen diesen gewaltigen Veränderungsdruck verarbeiten sollen – darauf gibt es offenbar bislang erst wenige plausible Antworten. Die Hochschulentwicklung spiegelt die allgemeine Entwicklung der jungen Jahrgänge, wie sie in Vorschule und Schule sichtbar wird, mit entsprechender Verspätung. Hier sind bereits bedenkliche Tendenzen zu verzeichnen. Weil der demographische Wandel schon heute mit regionalen Verwerfungen einhergeht und zu großen Disparitäten zwischen den Bundesländern führt, sind Fragen ebenso aktuell wie ungelöst: Wie gewährleisten wir den Bildungsauftrag für verödete Regionen, in denen immer weniger Kinder zu Hause sind?

### ...ebenso wie qualitativ

Aber selbst jenseits solcher quantitativen Fragen: Für die Aufgabe, unsere Ressourcen und Talente besser zu fördern, um das Humankapital unserer Gesellschaft nachhaltig zu sichern, ist unser Bildungssystem auch qualitativ noch zu wenig gerüstet. Dafür arbeitet es zu selektiv, kann nachteilige familiäre Bildungshintergründe nicht hinreichend auffangen und leistet so eine zu geringe Integration bei den Bildungschancen. Im Ergebnis hat unser Land sowohl schlechte Resultate in den (zu großen) niedrigen Leistungssektoren wie auch eine zu geringe Akademikerquote. Alles in allem: Intensive Ressourcen-Entwicklung sieht anders aus.

### Was Not tut

Lebenslanges Lernen spielt sich – zumindest formalisiert – in vier Bereichen unseres Bildungssystems ab. Sie alle bedürfen grundlegender Verbesserungen und Reformen, zum Teil auch der Neuentwicklung von Konzepten.





### 1. im Elementar- und Primar-Bereich

Während die Grundschulen derzeit zu den leistungsfähigeren Bereichen unserer Bildungslandschaft zählen, bedürfen sie eines qualifizierten Unterbaus in Form einer pädagogisch fundierten, möglichst verpflichtenden Vorschulerziehung. Sie muss insbesondere Vorbedingungen wie den Spracherwerb sichern, auch Naturwissenschaften und Mathematik sollten frühzeitig als wichtige Inhalte eingeführt werden. Wünschenswert ist eine aktive und beratende Einbeziehung der Eltern ebenso wie eine enge Verzahnung und Abstimmung beim Übergang auf die Grundschule.

### 2. im Sekundarbereich

Die Fähigkeit zum selbstständigen Lernen ist zentrales Lernziel, es wird mit individueller Förderung in der Breite wie in der Spitze angestrebt. Solche individualisierten Lern- und Lehrstrategien werden zum Handwerkszeug einer neuen Lehrergeneration gehören. Überprüfbar gut arbeiten Schulen insbesondere dann, wenn sie als Verantwortungsgemein-

schaften ihre Ziele klar definieren. Auch in dieser Stufe gilt, dass die Schnittstelle von abgebender und aufnehmender Institution klar definiert sein muss – kein Abschluss ohne Anschluss.

### 3. im tertiären Bereich

Sowohl hinsichtlich der Zugänge wie der Abschlüsse muss sich die Hochschul-landschaft sehr viel reicher differenzieren. Dabei gewinnen Prüfungen und Brückenkurse zur Aufnahme an die jeweilige Hochschule an Bedeutung. Die Qualitätssicherung der Studiengänge wird im Zuge der europaweiten Angleichung der Studienabschlüsse zunehmend auf entsprechenden Standards beruhen. Eine dringend benötigte Erhöhung der Akademikerquote ist bereits unter den bestehenden Bedingungen möglich: Durch eine bessere Organisation von Hochschule und Studium kann die Quote der Studienabbrecher deutlich gesenkt werden.

#### 4. in der Weiterbildung

Weiterbildung muss und wird künftig in den Bildungsbiografien einen deutlich höheren und eigenständigen Stellenwert einnehmen: Als eigenverantwortlich gestaltete Tätigkeit wird sie Teil des eigenen Lebensentwurfs – und zwar durch alle Altersstufen hindurch. Nicht nur der Einzelne, auch die Unternehmen müssen den Wert des so gepflegten betrieblichen Humankapitals zu schätzen lernen. Auf der Angebotsseite hat der Staat für Transparenz und Beratung zu sorgen sowie die Einhaltung von Qualitätsstandards zu überwachen. Insbesondere die Hochschulen müssen ihre Kapazitäten stärker der beruflichen Weiterbildung öffnen – auch wenn dem derzeit noch bürokratische Hemmnisse entgegenstehen.

#### Übergreifende Aspekte

Quer durch die Bildungsbereiche zog sich in der Diskussion das Anliegen, dass wir nicht nur für höhere Quoten formaler Abschlüsse sorgen, sondern dass dahinter eine qualitativ verbesserte Bildung stehen muss. An welche Grenzen solche Anstrengungen stoßen werden, blieb strittig.

Konsens war hingegen, dass der Schlüssel zu mehr Innovationsfähigkeit zentral in der Individualisierung des Lernens liegen wird: Nur Menschen, die früh gelernt haben, sich selbstständig mit immer Neuem vertraut zu machen, können diese Fähigkeit im Laufe ihrer Biografie kreativ und produktiv nutzen.

So sehr also die Verantwortung für das Lernen beim Einzelnen liegen wird, desto wichtiger wird die Aufgabe des Bildungssystems, diesen lernenden Individuen durchlässige Übergänge und perfekt vernetzte Anschlüsse in einer lernenden Gesellschaft anzubieten.

#### AG 3: Zukunft Familie und Kinder

Eine der tiefgreifendsten Folgen des demographischen Wandels könnte sein, dass er sich in eine negative, sich selbst verstärkende Spirale von Alterung und Schrumpfung verstetigt. Diese Gefahr droht dann, wenn die Folgen des Wandels lediglich „verwaltet“ werden, seiner entscheidenden Ursache aber, dem Geburtenrückgang, zu wenig entgegengesetzt wird. Oder auch: Wenn manche der Maßnahmen, mit denen wir diese Folgen bewältigen wollen, selbst wiederum dazu beitragen, den Geburtenrückgang zu verfestigen oder gar zu beschleunigen.

Um solchen Konflikten entgegenzuwirken, machte sich die Arbeitsgruppe – gestützt auf einen Impuls von Prof. Bertram (Humboldt-Universität, Berlin) – daran, dem Ursachen- und Wirkungsgeflecht des Themas nachzuspüren und wirksame Empfehlungen zu erarbeiten.

#### Der Geburtenrückgang – genauer betrachtet

Zunächst lohnt der Blick auf einige Details. Zwar ist die exakte Erfassung der Geburtenquote stets mit einer statistischen Restunsicherheit behaftet. Doch ungeachtet möglicher temporärer Effekte steht zweifelsfrei fest: In Deutschland werden seit über 30 Jahren deutlich weniger Kinder geboren, als zur Reproduktion der Bevölkerungszahl nötig wären. Und auch im europäischen Vergleich nimmt unser Land einen der letzten Plätze ein.

Das Phänomen Kinderlosigkeit ist insbesondere in zwei Gruppen überrepräsentiert: Bei Frauen mit akademischem Abschluss und, ganz generell, bei Männern – hier hat sich der Anteil der Kinderlosen seit 1971 verdoppelt.

Es handelt sich dabei im Wesentlichen nicht um ungewollte Kinderlosigkeit.

keit: Parallel zum Geburtenrückgang sind auch die Kinderwünsche auf dem Rückzug, insbesondere bei Jüngeren.

Zugleich korreliert Kinderlosigkeit in hohem Maß mit Partnerlosigkeit. Beides wiederum steht in engem Zusammenhang mit der Berufswahl: je moderner, mobilitätsfordernder und qualifizierter der Beruf, umso höher sind Partner- wie Kinderlosigkeit. An der Spitze der Berufsgruppen liegen dabei im Übrigen – womöglich nicht ganz folgenlos für die gesellschaftliche Problemwahrnehmung – die Publizisten.

### Geflecht von Ursachen

Statistiken und Befragungen deuten zunächst und vor allem auf eine zentrale Ursache des Geburtenrückgangs: die problematische Vereinbarkeit von beruflicher Karriere und Familienleben.

Dieses Konfliktfeld ist bei uns zu allem Überfluss in ein relativ starres Phasen-Schema gezwängt. Es beginnt mit der Ausbildung, die zunächst abgeschlossen werden soll – und bei uns im europäischen Vergleich oft (zu) lange dauert. Danach versuchen die meisten, im angestrebten Berufsfeld ersten Fuß zu fassen, bevor sie dann schließlich die Gründung einer Familie mit Kind(ern) ernsthaft ins Auge fassen.

Doch auch dann zögern viele diesen Schritt hinaus: Zu unsicher und kurzfristig scheinen allzu oft die beruflichen Perspektiven. Und wer dann doch einen qualifizierten Arbeitsplatz erkämpft hat, bekommt zu spüren: höchster Einsatz und maximale Flexibilität sind gefordert. Vielen scheint das kaum mit den Ansprüchen vereinbar, die sie an ein Leben mit Kind(ern) stellen. So wird der Kinderwunsch weiter nach hinten geschoben – bis es irgendwann vielleicht sogar ganz zu spät ist. In jedem Fall haben diese Probleme dazu geführt, dass

sich das Alter für die Erstgeburt statistisch deutlich erhöht. Gleichzeitig wird so das Zeitfenster für die Familienphase insgesamt kleiner, die Zahl der Mehrkinder-Familien geht zurück.

Dass es vorwiegend Frauen sind, die die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie beklagen, hat einen einfachen Grund. Allen Erfolgen der gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen zum Trotz: Die Statistiken zeigen, dass sich spätestens mit der Geburt von Kindern in den meisten Partnerschaften nach wie vor traditionelle Rollenmuster re-etablieren. Solange Kindererziehung und Hausarbeit überwiegend Frauensache bleiben, dürfte es nicht verwundern, dass viele, insbesondere hochqualifizierte Frauen darin keine erstrebenswerte Perspektive sehen.

Die ausgedehnte Ausbildungsphase hat zudem einen weiteren Effekt – auf beide Geschlechter. Sie führt zur „verlängerten Adoleszenz“ und leistet einer Infantilisierung des Verhaltens Vorschub: Mit unterschiedlichen Lebensentwürfen wird eher spielerisch umgegangen, verbindliche Festlegungen und die verlässliche Übernahme von Verantwortung werden tendenziell vermieden. Ein mögliches Leben mit Kindern kann so über lange Zeit allenfalls eine Option unter mehreren sein, bis sie schließlich ganz verworfen wird – vielleicht auch, weil man bei einem potenziellen Partner die gleiche Unverbindlichkeit erahnt oder befürchtet.

Und nicht zuletzt sind es auch bestimmte gesellschaftliche Umstände im Zeichen des demographischen Wandels selbst, die die Option Familie nicht eben attraktiver machen. Dass Familien in Zeiten des Rückbaus sozialer Sicherungssysteme wieder verstärkt belastet und nach traditionellem Muster als Notnagel und Versorgungsgemeinschaft in Anspruch genommen werden, lässt die





Entscheidung zur Familiengründung nicht einfacher werden. Und wer sich die Ansprüche, die in Sachen Bildung und Qualifikation an kommende Generationen gestellt werden, tatsächlich zu Herzen nimmt: Darf der sich nicht mit einigem Recht fragen, wie er einem eigenen Kind all dies mitgeben und ermöglichen soll – von mehreren einmal ganz zu schweigen?

Diese Trends und Ursachen bilden ein sich wechselseitig verstärkendes Geflecht von Faktoren, die in der Summe dazu beitragen, dass Kinder nicht mehr wie selbstverständlich zu unserem Leben dazugehören. Für immer mehr Menschen ist Kinderferne alltägliche Normalität, die sie prägt und einer kinderfreundlichen Kultur entgegenwirkt. Unter all diesen Bedingungen erscheint es nicht vollkommen irrational, sondern in gewisser Weise nachvollziehbar, wenn junge Menschen sich schwer tun mit einer Entscheidung für Familie und Kinder.

### **Neue Wege zu mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit**

Ganz praktisch betrachtet balancieren Familien mit Kindern zwischen drei

Polen: Zeit, Geld und Infrastruktur. Dabei brauchen sie Unterstützung durch ein abgestimmtes und ausgewogenes Paket. Die Familienpolitik in unserem Land muss umsteuern, sie hat sich zu lange auf vorwiegend finanzielle Hilfen verlassen. Deren Umfang war und ist ja – auch im europäischen Vergleich – nicht gering, der Erfolg allerdings schon.

Zum Teil liegt das an der ungenauen Ausrichtung: So fördert manches von dem, was bislang als Familienförderung zählt, nur die Ehe, in dem mittlerweile obsoleten Glauben, Kinder würden automatisch mit unterstützt.

Entscheidender aber ist etwas anderes: Gerade für die, die derzeit kinderlos bleiben, sind finanzielle Prämien nicht ausschlaggebend. Sie sind guten Willens, ein Kind nicht als Geschäft, sondern als Geschenk zu betrachten. Aber für sie ist eine verlässliche und bezahlbare Infrastruktur bei der Kindererziehung von zentraler Bedeutung. Oder die Sicherheit, bei einer Elternpause vom Beruf keine dramatischen finanziellen Einbrüche hinnehmen zu müssen und hinterher wieder einsteigen zu können. Oder aber das Angebot von flexibleren Arbeitszeitmodellen, die es erlauben, die Anfor-



derungen von Familien- und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Hier kann das schwedische Modell, das konsequent auf eine institutionalisierte Unterstützung der Familien setzt, als erfolgreiches Vorbild dienen.

Ebenfalls in Schweden bewährt hat sich eine Entlastung der Familien, die zunächst gar nicht nach direkter Familienförderung aussieht. Hier wurden nämlich auch rechtliche und soziale Rahmenbedingungen zielgenau angepasst: Eine konsequente Individualisierung der sozialen Rechte wie Pflichten schützt dort einerseits die Familien vor übermäßiger Inanspruchnahme in Fällen sozialer Notlagen und fördert gleichzeitig schon sehr früh die individuelle Eigenständigkeit und Verantwortung. Beides können auch wir gut gebrauchen.

Solche Unterstützung sollte nicht erst – gemäß dem herkömmlichen, starren Drei-Phasen-Modell – nach Ausbildung und erster Berufserfahrung greifen. Wir sollten vielmehr Initiativen ergreifen, diese Phasen beweglicher zu machen und so die „Rush hour“ des Lebens zu entzerren: Dazu gehört sowohl die Unterstützung während der Ausbildung, damit Eltern schon früh Kinder bekommen kön-

nen. Dazu gehört genauso eine ausreichende Sicherheit für Berufsanfänger, die ihnen eine Familiengründung erlaubt. Aber dazu kann nicht zuletzt auch die Enttabuisierung einer späten Elternschaft beitragen. Vielleicht kommen wir mit alldem so weit, dass wir nicht ausgerechnet in jenen Jahren, in denen uns Familie und Kinder am meisten brauchen, am meisten arbeiten müssen.

Damit die Zeit, die so gewonnen werden kann, auch wirklich der Familie zugute kommt, brauchen wir außerdem mehr Entschlossenheit bei der Enttraditionalisierung von Rollenbildern. Es geht nicht um das Nullsummenspiel einer einfachen Rollen-Umkehr: Entscheidend ist vielmehr, dass im Endeffekt mehr Zeit für die Familie entsteht. Denn in unserer Gesellschaft wird ein familien- und kinderfreundliches Klima letztlich nur neu entstehen können, wenn Frauen und Männer Kindererziehung, Haus- und Familienarbeit als gemeinsames Projekt begreifen lernen – in neuer Partnerschaftlichkeit. Männer haben hier sicherlich deutlichen Nachholbedarf. Aber Frauen sollten dann auch zulassen können, dass Männer manches anders machen – nicht unbedingt besser,



nur eben auf ihre Art. Gerade auf diesem ideologisch verminten Gelände gilt: Eine einzige pragmatische und praktikable Lösung ist besser als zwei Wochen folgenloser Grundsatzdebatten.

Familienpolitik bedarf großer und wichtiger Weichenstellungen, aber sie muss genauso nah ran an die Menschen, um wirksam zu werden. Wo wird Kinder- und Familienfreundlichkeit konkret spürbar? Wo können wir hören und realisieren, dass Kinderlärm nicht Ruhestörung, sondern Zukunftsmusik bedeutet? Immer vor Ort, in der Erfahrung direkter Nachbarschaft. Deswegen haben die Kommunen, die für diesen Nahbereich „zuständig“ sind, eine wichtige Rolle. Sie sind es ja auch, die direkt darunter leiden, wenn Kinder weniger werden, wenn junge Familien ausbleiben. Alle Kommunen sollten – wie es schon viele tun – Familienpolitik noch stärker zum Markenzeichen ihrer Arbeit machen. Das muss gar nicht immer viel Geld kosten – schon eine Idee wie der Begrüßungsempfang für Neugeborene und Eltern signalisiert jungen Familien: Wir freuen uns, dass Ihr bei uns zu Hause seid!

#### Und schließlich:

Wer organisiert die Familienkonferenz für Unter-35-Jährige? Wie schaffen wir es, dass junge Eltern über ihr gelingendes Familienleben so sprechen, dass ihre kinderlosen Altersgenossen erfahren: Es geht!? Wer schreibt die Jugend-Soap, in der junge Eltern als positive Role models vorkommen? Natürlich – eigentlich müssten Gesetzesvorhaben auf allen Ebenen einer Familienverträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Auf dem Feld der Familienpolitik tut rasches Handeln not.

Auch wenn der große, perfekt abgestimmte Masterplan noch nicht entwickelt ist: Handeln sollten wir trotzdem, pragmatisch und möglichst effizient, mit den gegebenen Mitteln Maximales erreichen.

Auch wenn das Thema Familie traditionell mit viel Ideologie befrachtet ist: Abstrakte Moralpredigten werden nicht weiterhelfen. Werte sind wichtig – aber wir vermitteln sie nur durch Vorbilder, die Familie glücklich und glaubwürdig leben.



Die Ergebnisse der drei Arbeitssitzungen wurden abschließend in einem kommentierten Rückblick dem Plenum vorgestellt. In seiner Moderation hob Dr. Johannes Meier (Vorstand der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh) die zentrale Bedeutung eines solchen interdisziplinären Informationsaustauschs hervor: Da der demographische Wandel unsere Gesellschaft umfassend herausfordert, genügt es nicht, in einzelnen Teilbereichen, etwa der Wirtschafts-, der Familien- oder der Bildungspolitik, isolierte Antworten zu entwickeln – integrierte, stimmige Konzepte sind gefragt, die gleichzeitig der wachsenden gesellschaftlichen Heterogenität gerecht werden müssen. Dazu braucht es das Wissen und die gemeinsame Anstrengung aller Disziplinen und nicht zuletzt eine politische, effiziente und zielgenaue Steuerung bei knappen Kassen.

Kernthemen vertiefen, an Arbeitsgruppen anschließen, offenen Fragen nachgehen, Schnittstellen bearbeiten – das sind wichtige Akzente für das Arbeitsprogramm des Forums Demographischer Wandel und die in den nächsten Jahren folgenden Werkstattgespräche und Fachkonferenzen. Dort wird es nicht

zuletzt darum gehen, die Praxis in den Blick zu nehmen, gute Referenzpunkte zu identifizieren, an denen wir Erfolg versprechende Antworten auf die Herausforderung des demographischen Wandels entwickeln können.

## Das Abschlussplenum





## Schlusswort von Bundespräsident Horst Köhler am 7.12.2005

Ich werde nicht den Versuch unternehmen, die vergangenen anderthalb Tage zu resümieren. Ich möchte nur die folgenden Bemerkungen machen:

Ich danke Ihnen ganz herzlich; allen, die hier teilgenommen haben. Für uns, auch für mich, war dieser Auftakt durchaus auch ein kleines Wagnis. Wir wussten ja nicht, ob wir die richtige Mischung von Praktikern, Wissenschaftlern und „Philosophen“ beisammen hatten. Aber siehe da: Es war eine gute Mischung, und das stimmt mich zuversichtlich.

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass wir so offen diskutiert haben. Es gibt keine Patentantworten. Es gab natürlich auch Widersprüche. Und ich bleibe dabei, dass wir noch lange nicht so weit sind, resümieren zu können, was denn nun die richtigen Antworten sind auf die Herausforderung des demographischen Wandels. Aber ich habe das Gefühl, wir sind auf einem guten Weg.

Besonders froh, das darf ich sagen, ohne irgendjemanden damit zurückzusetzen, besonders froh bin ich, dass wir Richter Shlomo Shoham heute hören konnten, und das aus zwei Gründen: erstens, weil gerade er, als Israeli und als Jude, hier in Deutschland mit uns über Themen wie Bevölkerung, wie Vitalität, wie Zukunft spricht. Das betrachte ich nicht als eine Selbstverständlichkeit, sondern als eine sehr gute Entwicklung. Richter Shoham, ich bin Ihnen persönlich sehr dankbar dafür. Es bestätigt, was ich selber aufgenommen habe, nicht zuletzt bei meinem Besuch in Israel Anfang Februar diesen Jahres. Es ist etwas gewachsen zwischen Israel und Deutschland, das mir für Deutschland Mut macht. Wir haben ein freundschaftliches Gesprächsklima zwischen uns, und ich denke, wir Deutschen sollten sehr gut zuhören, was uns die Israelis sagen. Sie können uns helfen, an Stellen weiterzukommen, an denen wir möglicherweise noch immer gehemmt sind auf Grund unserer gebrochenen Geschichte.

Und zweitens: Ich glaube auch, dass bei allem, was wir weiter diskutieren müssen, der Akzent wichtig ist, den Richter Shoham gesetzt hat: dass es nämlich im Kern darum geht, eine Basis zu finden für die Suche nach Antworten auf die demographische Herausforderung; eine Basis, die weit jenseits von technokratischen Ansätzen liegt, nämlich im Spirituellen, im Geistigen, im Gefühlsmäßigen. Richter Shoham sprach von Liebe und Spiritualität. Ich teile die Meinung. Ich glaube nicht, dass wir allein mit dem Kopf alle Antworten finden. Aber ich glaube, wir finden eine Basis, wenn wir uns fragen: „Was treibt uns an? Was sind unsere Motive?“

Hier gehe ich nun nicht so weit, dass ich sage, jeder müsse an Gott glauben. Ich persönlich glaube an Gott, weil ich erfahren habe, dass mir das Zuversicht gibt. Aber ein anderer Begriff, den Sie gebraucht haben, Richter Shoham, ist der der Verantwortung. Wenn wir das als Ausgangspunkt für die weitere Suche nach Antworten angemessen berücksichtigen, dann, glaube ich, können wir schon ganz schön weit kommen.

Ich nehme auch mit: Wir sollten nicht mit Angst oder gar zitternd vor dem demographischen Wandel stehen. Wir müssen ihn, glaube ich, in aller Ernsthaftigkeit als große Herausforderung nehmen, aber ohne ihn zu dramatisieren, ohne Schockwellen durch die Bevölkerung zu treiben, denn das würde die Menschen nur zusätzlich verängstigen. Es geht darum, wie auch der Richter sagte, das Bewusstsein zu schaffen, dass das Thema jeden angeht, wirklich jeden.

Ich habe die Zuversicht, dass wir alle Voraussetzungen dafür haben, vernünftige Antworten auf diese Herausforderung zu finden und auch die nötigen spirituellen,



gefühlsmäßigen, mentalen Einsichten. Nun müssen wir die Diskussion fortsetzen, in wirklich breiter Form und mit angemessener Beteiligung der ganzen Gesellschaft. Die Herren Bürgermeister machen uns ja vor, wie sie schon mitten in diesem Thema stehen und handeln. Wir brauchen nun die Vernetzung und Verbreitung fachlicher Expertise mit Offenheit in der Diskussion und im Dialog mit so vielen Menschen wie möglich.

Schon diese zwei Tage haben gezeigt, dass Bildung, Forschung, Entwicklung, aber auch Erziehung Schlüssel sind für die Gestaltung des demographischen Wandels. Dabei glaube ich, und ich habe das in meinem eigenen Berufsleben auch erfahren, dass es durchaus neue Kombinationen von Jung und Alt gibt, die uns Produktivitätspotenziale erschließen, an die wir bisher noch gar nicht denken. Es ist, glaube ich, unbestritten, dass die Lernfähigkeit mit dem Alter in Bezug auf Aufnahmekapazität und Geschwindigkeit abnimmt. Aber ich habe selbst erlebt, dass Junge dankbar waren, wenn Jung und Alt gemeinsam gelernt haben, und das gemeinsame Lernen von Jung und Alt scheint mir eine der Möglichkeiten zu sein, uns eine gute Zukunft zu gestalten.

Meine Damen und Herren, ich habe ja sechs Jahre im Ausland gelebt, und als früherer Finanzstaatssekretär und G7-Sherpa sind mir die internationalen Themen nur so um die Ohren geflogen. Ich teile die Meinung, dass wir den demographischen Wandel immer auch in seinen internationalen und globalen Zusammenhängen betrachten müssen. Natürlich steht dieser Globus vor einer riesigen Herausforderung, nicht zuletzt wegen des Bevölkerungswachstums im Süden, in der ärmeren Welt. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Jede nationale Politik, die nicht eingebettet ist in eine Vorstellung, wie sie sich einfügt in ein Konzept für „Eine Welt“, wird am Ende keine gute Politik sein. Aber leider, das ist meine Erfahrung, ist das Bewusstsein der Akteure der großen Politik meist noch nicht so weit – trotz aller Rhetorik. Eher habe ich die Sorge, dass nationale Politik wieder Auftrieb bekommt zu Lasten des Bewusstseins, dass wir eigentlich Elemente einer Weltinnenpolitik definieren müssen, um auch nationale Ziele mit Aussicht auf Erfolg und Tragfähigkeit mit unseren Nachbarn umzusetzen.

Ihnen allen nochmals herzlichen Dank. Ich bin ermutigt durch diesen Auftakt. Ich nehme mir vor, den demographischen Wandel für den Rest meiner Amtszeit weiter zu thematisieren. Ich hoffe, dass es sich für Sie gelohnt hat, hier teilzunehmen, und ich hoffe und zähle auf Ihre weitere Unterstützung für das Forum Demographischer Wandel.



## Ein Panorama der Fakten und Herausforderungen

### Ein Panorama der Fakten und Herausforderungen

Der demographische Wandel in Deutschland ist ohne historisches Beispiel. Die Bevölkerungswissenschaft (Demographie) berechnet auf Grundlage der bisherigen Trends die künftige Bevölkerungsentwicklung relativ exakt und umso genauer, je weiter der Prognosehorizont in der Zukunft liegt. Nach ihren Vorausberechnungen schrumpft unsere Gesellschaft, das Durchschnittsalter steigt beträchtlich, die Erwerbsbevölkerung nimmt ab, und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund nimmt deutlich zu. Die Ursachen der bisherigen demographischen Entwicklung und die gesamtgesellschaftlichen Folgen ihres Fortgangs lassen sich weniger exakt bestimmen. Sicher ist nur, dass der demographische Wandel sich zwar langsam, aber mit großer Wucht vollzieht, und es Jahrzehnte dauern wird, um seine Richtung zu verändern.

Umso wichtiger ist, dass wir uns Klarheit darüber verschaffen, ob wir die abseh-

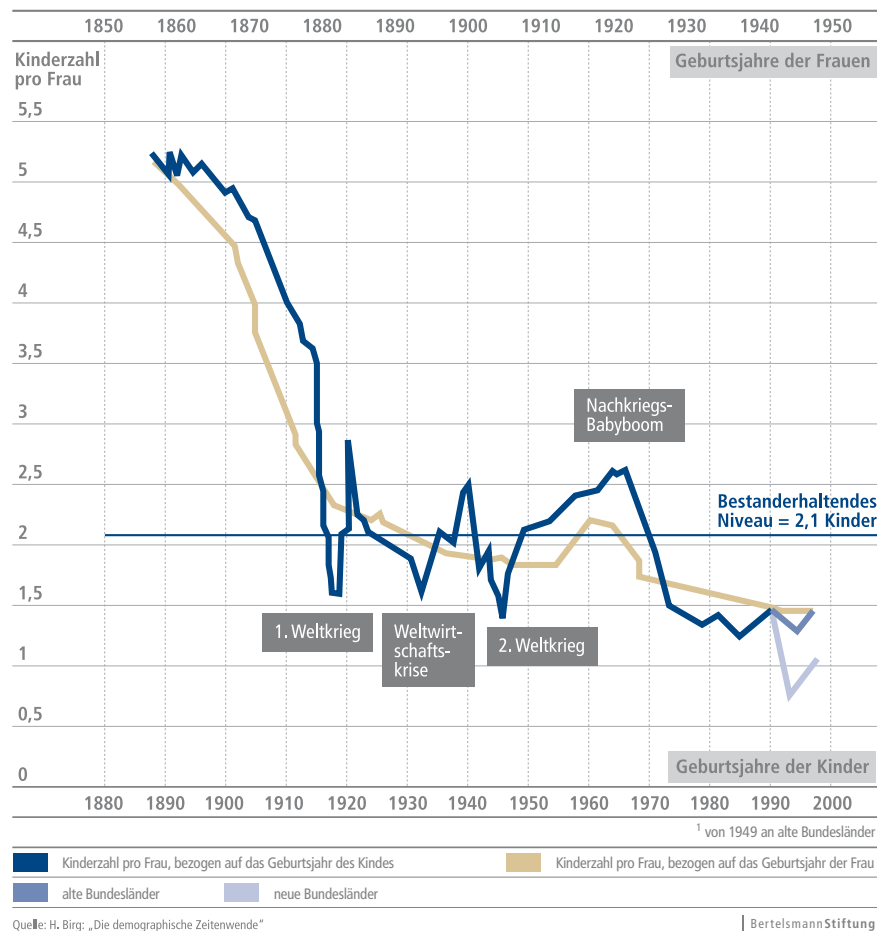
baren Entwicklungen hinnehmen, uns ihnen anpassen wollen – oder ob wir den demographischen Trend verändern wollen, und wie uns das gelingen kann. Zusätzliche Informationen zu den einzelnen Kapiteln finden Sie in der Online-Version, die unter [www.forum-demographie.de](http://www.forum-demographie.de) zugänglich ist.

Seit Jahrzehnten sinkt die Zahl der Kinder, die Bevölkerung wird durch Zuwanderung immer vielfältiger, Familienstrukturen und -formen ändern sich, viele Städte und Regionen schrumpfen. Der Wandel wird unsere Gesellschaft und unser Miteinander in vielfältigen Auswirkungen auf alle Lebensbereiche das mit uns geschehen wird in Deutschland gerade erst richtig zu erfahren. Wie man mit den Herausforderungen am besten begegnet, darüber kann und muss man sich im Laufe der Jahre zu erkennen und Probleme offen zu

### Medienspiegel

Rede von Bundespräsident Horst Köhler auf dem Sonntag, den 15. Viele wissen es, aber: Wer in uns von Jahre alt v bekannt einer

## Die Geburtenrate in Deutschland <sup>1</sup>



## Daten zum demographischen Wandel

Die Demographie berücksichtigt in ihren Vorausberechnungen drei Größen: Geburtenrate, Lebenserwartung und die Bilanz der Zu- und Abwanderung:

- Der Geburtenrückgang in Deutschland begann vor etwa 35 Jahren. Die Geburtenhäufigkeit liegt mittlerweile bei etwa 1,3 Kindern pro Frau. Um die Bevölkerungszahl (ohne Zuwanderung) konstant zu halten, müsste die Geburtenzahl bei 2,1 liegen. Die niedrige Geburtenrate ist das Ergebnis eines weltweit einmalig hohen Anteils Kinderloser von etwa einem Drittel und eines Rückgangs von Mehrkinderfamilien.

- Die Lebenserwartung ist in den vergangenen 100 Jahren um über 30 Jahre gestiegen und wird bis 2050 durchschnittlich um mindestens sieben Jahre wachsen. Jeder heutige Geburtsjahrgang kann mit einem um zwei bis drei Monate längeren Leben als sein Vorjahrgang rechnen. Ein Ende der Entwicklung ist derzeit nicht abzusehen.
- Die Zuwanderung aus dem Ausland hat bisher ein Schrumpfen der Bevölkerungszahl verhindert. In der Vergangenheit (1983 bis 2003) betrug die Nettozuwanderung nach Deutschland rund 200.000 Personen pro Jahr. Dabei sind die Spätaussiedler mitgezählt, deren Zuwanderung inzwischen deutlich zurückgegangen ist.

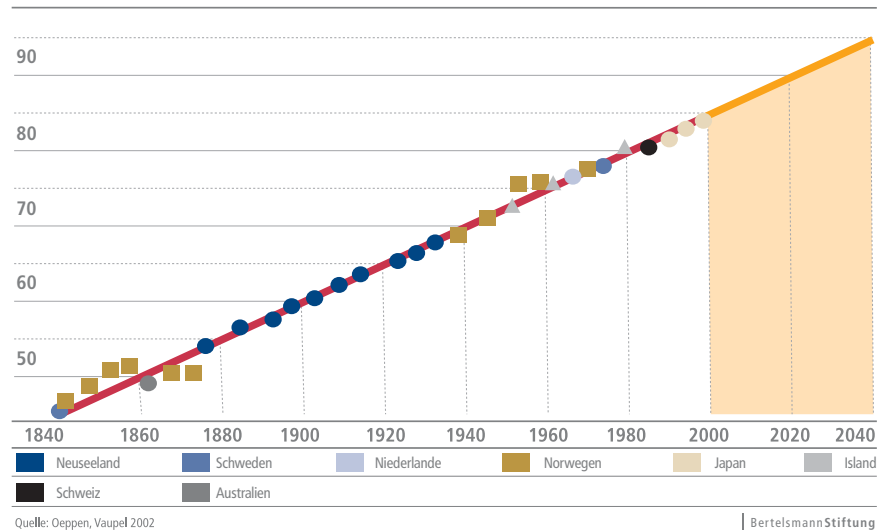
- Auch vergleichsweise präzise Berechnungen der Demographie stützen sich auf eine Mehrzahl von Annahmen und entwickeln daraus unterschiedliche Bevölkerungsprognosen. Deren mittlere Varianten kommen der realen Entwicklung wahrscheinlich am nächsten.

- Nach der mittleren Variante\* der 10. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes sind folgende demographische Entwicklungen zu erwarten:

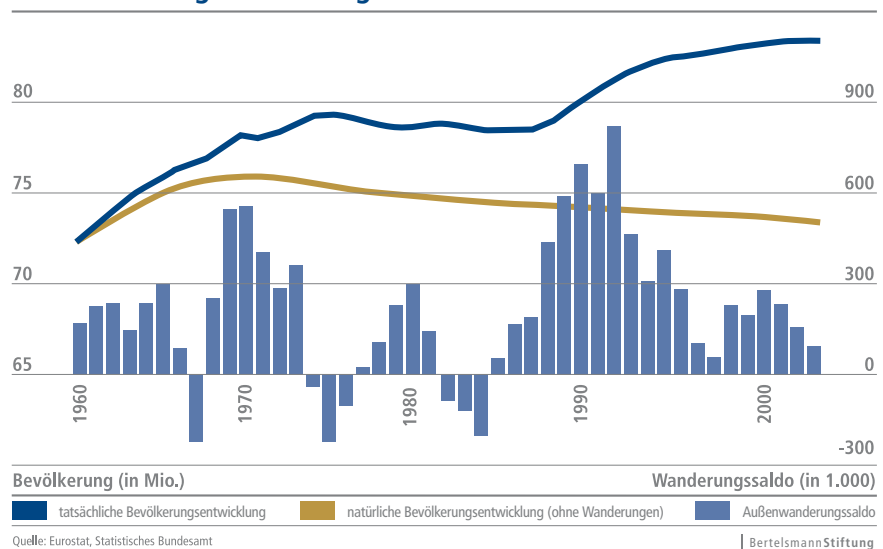
- Die Bevölkerungszahl (derzeit rund 82,4 Mio. Einwohner) wird bis zum Jahr 2020 konstant bei ca. 83 Mio. liegen, um danach bis zum Jahr 2050 auf rund 75 Mio. Einwohner zu fallen.

**\*Annahmen: Geburtenrate von 1,4 Kindern/Frau, durchschnittliche Lebenserwartung von 86,6 Jahren bei Frauen bzw 81,1 bei Männern sowie ein jährlicher Wanderungssaldo von 200.000 Personen**

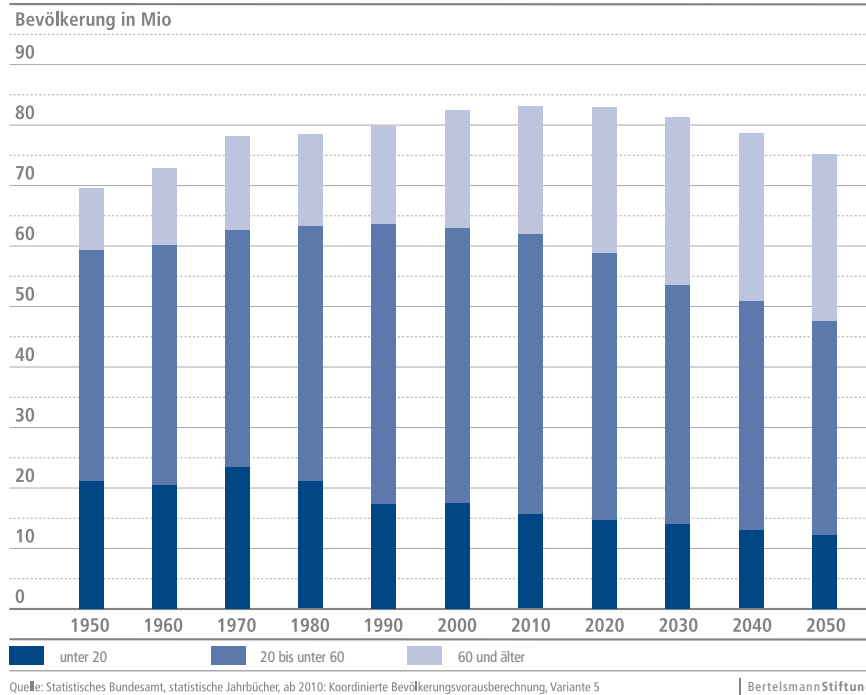
## Die Entwicklung der Lebenserwartung



## Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland



## Die Entwicklung der Altersgruppen



- Immer mehr alten werden immer weniger junge Menschen gegenüberstehen. Das Durchschnittsalter steigt um fast zehn Jahre. Während aktuell auf 100 Personen im Erwerbsalter 44 Rentner kommen, werden es im Jahr 2020 rund 55 und im Jahr 2050 gut 80 sein. Dabei wird sich die Zahl der Hochbetagten (>80 Jahre) bis 2050 verdreifachen.

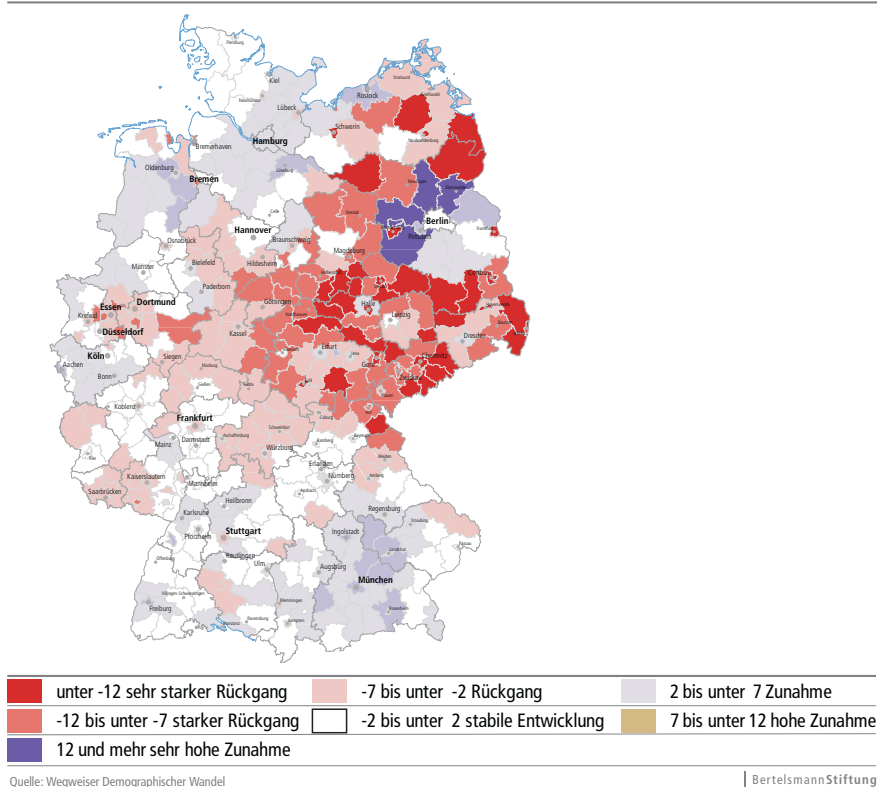
- Die Zahl der Erwerbsfähigen geht bereits seit dem Jahr 2000 zurück und wird allein zwischen 2004 und 2034 um knapp 8 Millionen – das heißt um ein Viertel – sinken.

- Der Bevölkerungsanteil der Zugewanderten wird stark zunehmen, besonders in Großstädten, wo er um 2010 bei den unter 40-Jährigen die 50-Prozent-Marke erreichen wird.

- Während die Zahl der Haushalte tendenziell noch weiter steigt, wird die Haushalts- und Familiengröße zurückgehen. Der Anteil der Einpersonenhaushalte wird 2050 die 40-Prozent-Marke überstiegen haben.

- Der demographische Wandel entwickelt sich regional sehr unterschiedlich, vor allem die neuen Bundesländer schrumpfen und altern schneller und früher, während es in Westdeutschland noch Regionen geben wird, die (vornehmlich von Binnen-) Wanderungen profitieren.

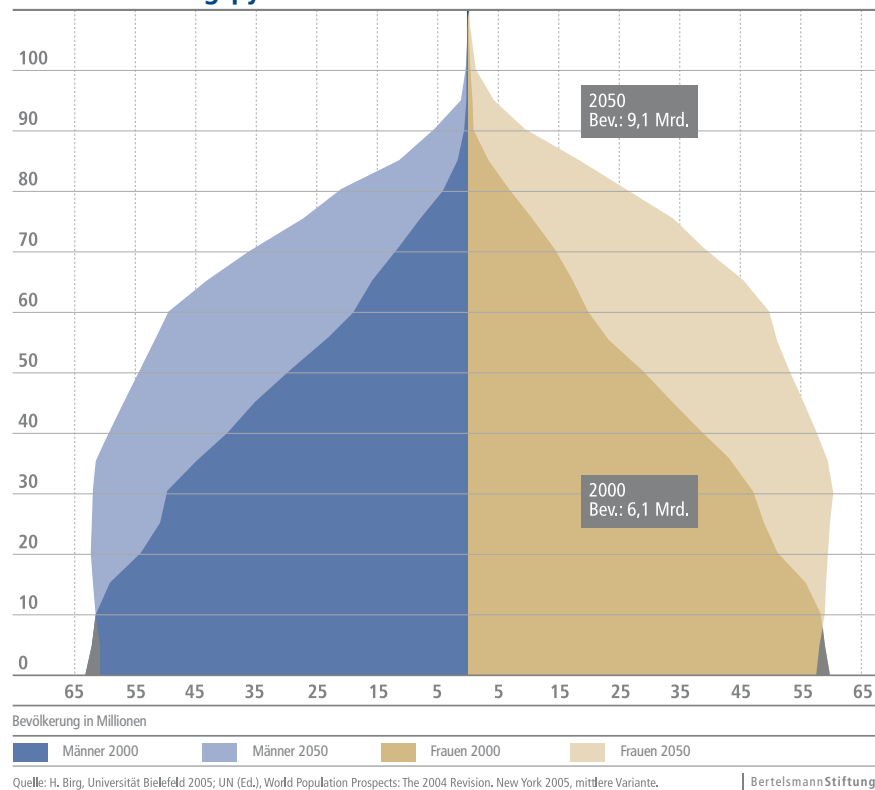
## Bevölkerungsentwicklung 2003 – 2020 in %



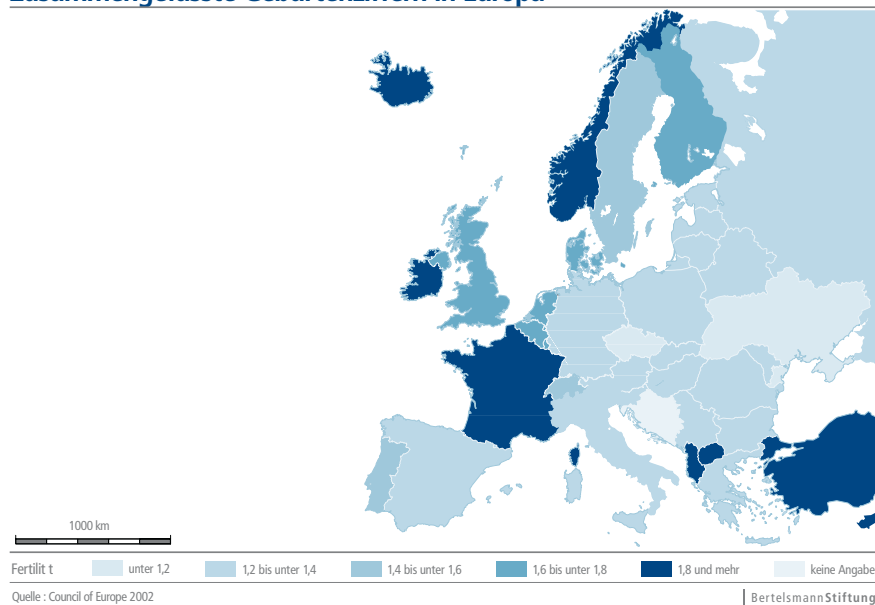
## Deutschland im internationalen Vergleich

In vielen, aber nicht in allen mit Deutschland vergleichbaren Staaten zeichnen sich ähnliche Entwicklungen ab. Nahezu alle westlich orientierten Gesellschaften haben Geburtenraten unter dem bestandserhaltenden Niveau und rechnen mit steigenden Lebenserwartungen. Die Alterung ist ein weltweites Phänomen. Europäische Länder mit geringeren Bevölkerungsrückgängen als in Deutschland sind Großbritannien (höhere Zuwanderung) sowie Frankreich und die skandinavischen Staaten (höhere Geburtenrate). In den USA wird aufgrund der hohen Geburtenrate ( $> 2$ ) und hoher Zuwanderung sogar ein Bevölkerungswachstum erwartet. Das Wachstum der Weltbevölkerung findet fast ausschließlich in den Entwicklungsländern statt. Hohe Fertilitätsraten haben vor allem die Länder Zentralafrikas und des Mittleren Ostens, während die Kinderzahlen in Osteuropa auf weltweit niedrigstem Niveau liegen.

## Weltbevölkerungspyramide im Jahr 2000 und 2050



## Zusammengefasste Geburtenziffern in Europa



## Ursachen und Folgen des demographischen Wandels in Deutschland

Am einfachsten sind die Ursachen der steigenden Lebenserwartung zu bestimmen: Es sind vor allem wissenschaftlicher und medizinischer Fortschritt, Wohlstand, gesündere Lebensweise, Frieden, Umweltschutz und freiheitliche Demokratie.

Die Migrationsbilanz hat viele Ursachen: die Bewegungsfreiheit im europäischen Binnenmarkt, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und im Zuge der Globalisierung beträchtlich gestiegene Mobilität, das internationale Wohlstandsgefälle, unsere Hilfsbereitschaft für Menschen in Not und bei politischer Verfolgung.

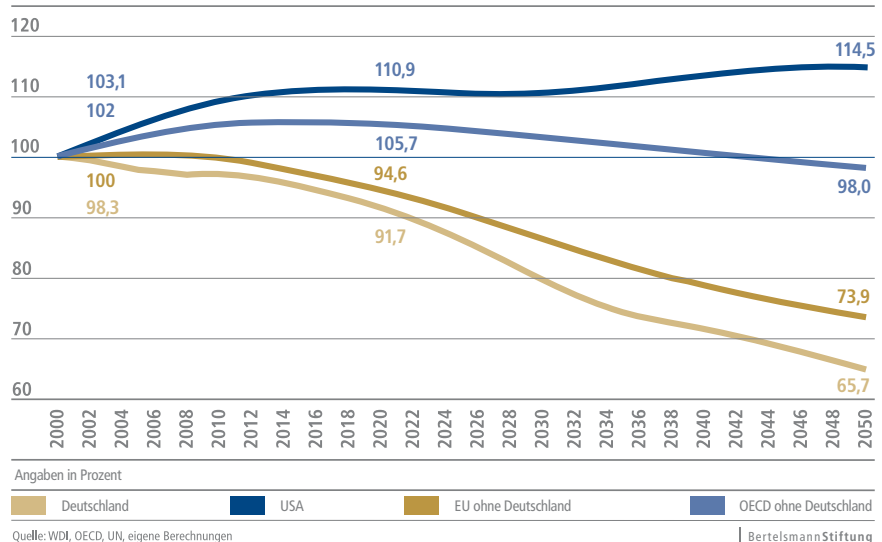
Die Ursachen des Geburtenrückgangs seit 1965 sind komplex. Zu nennen sind insbesondere die Empfängnisverhütung, die Veränderung der Geschlechterrollen, ein Wandel der Lebensverläufe wegen längerer Ausbildungszeiten und höherer Bildungsabschlüsse, gewachsene Anforderungen an die Flexibilität und Mobilität Berufstätiger und Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Beruf und Kindern. Hinzu kommen Strukturen, die Kinderlosigkeit ökonomisch erleichtern: Für die Höhe der Altersversorgung ist die Zahl der eigenen Kinder fast unerheblich, für die private Ersparnisbildung ist Kinderlosigkeit günstig (Armutsrisiko Kinder). Als weitere Ursachen werden die relativ geringe gesellschaftliche Anerkennung für Elternschaft, Angst vor langfristiger Bindung und eine verbreitete Unsicherheit über die Zukunftschancen unserer Gesellschaft genannt. Mittlerweile lernen überdies immer mehr Erwachsene in ihrem Lebensumfeld Kinder gar nicht oder kaum mehr kennen.

Welche gesamtgesellschaftlichen Folgen die Schrumpfung unserer Gesellschaft haben wird, lässt sich nur schwer vorausberechnen; und die Beurteilung dieser Folgen hängt wesentlich von Interpretationen und den ihnen zugrunde liegenden Wertvorstellungen ab.

### Als wichtigste mögliche Folgen sind zu prüfen:

- **Arbeitsmarkt:** Der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes und die steigenden Qualifikationsanforderungen können dazu führen, dass der schon bestehende Fachkräftemangel weiter zunimmt und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten steigt. Die Nutzung der vorhandenen Potenziale – insbesondere durch den Abbau von Arbeitslosigkeit, späteres Renteneintrittsalter, höhere Frauenerwerbsquote und qualifizierte Zuwanderung – kann diese Entwicklung abschwächen, aber aller Voraussicht nach nicht vollständig kompensieren.
- **Innovationsfähigkeit:** Die geringere Zahl an Köpfen und Qualifikationsdefizite könnten das Humanvermögen unseres Landes senken und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Standortes Deutschland vermindern. Wie weit das durch die Kreativität und Fortbildung Älterer und eine bessere Ausbildung des verbleibenden Nachwuchses – der zunehmend einen Migrationshintergrund haben wird – kompensiert werden kann, ist ungewiss, zumal die moderne Wirtschaft ohnehin immer besser qualifizierte Arbeitnehmer braucht und dadurch unser Bildungssystem trotz langfristig sinkender Schüler- und Studentenzahlen vor große Herausforderungen gestellt ist.

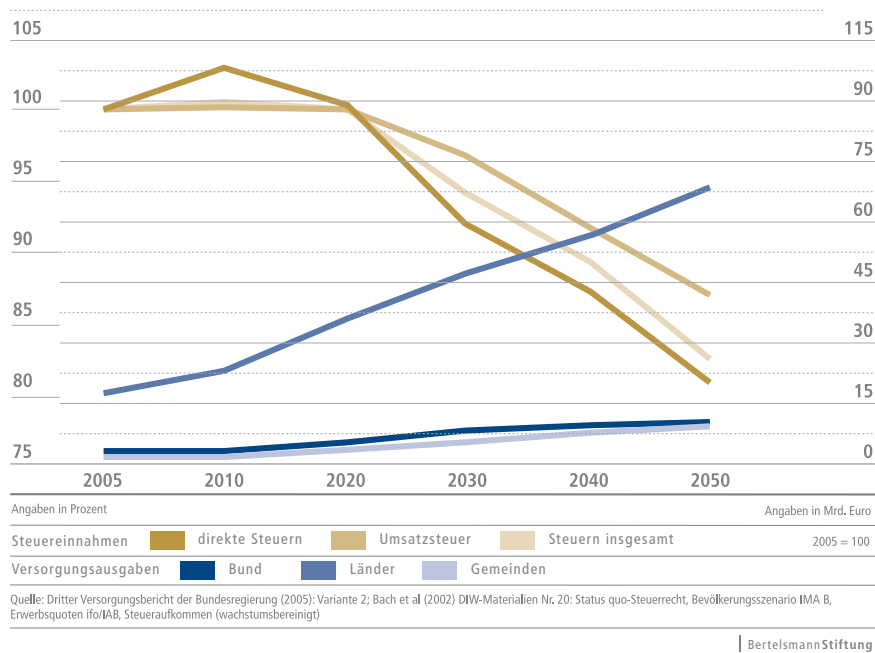
### Personen im erwerbsfähigen Alter (15 – 65 J.)





- **Soziale Sicherungssysteme:** Ursprünglich für eine junge und wachsende Bevölkerung konzipiert, sollen die Sicherungssysteme nun einer sinkenden Zahl von Beitragszahlern und dem stark wachsenden Bedarf einer alternierenden Bevölkerung gerecht werden. Wie weit das durch Steigerung der Erwerbsquote, Umstellung von Beitrags- auf Steuerfinanzierung, eine Senkung des Leistungsniveaus und private Formen der Altersvorsorge gelingen kann, ist ungewiss.
- **Öffentliche Finanzen und Steuern:** Die sinkende Zahl der Steuerzahler senkt ceteris paribus die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. Wie durch einen Abbau der herrschenden Staatsverschuldung, eine Verbesserung der Effizienz des Steuersystems und eine Modernisierung der gesamten staatlichen Ordnung (Föderalismusreform, Entbürokratisierung, „schlanker Staat“) Wachstum und Konsolidierung miteinander in Einklang zu bringen sind, ist ungewiss.
- **Öffentliche Infrastruktur:** Der Bevölkerungsrückgang führt zu verminderter Nachfrage, dennoch müssen bestimmte Standards von Daseinsvorsorge und Standortqualität weiter vorgehalten werden, was tendenziell zu höherer Kostenbelastung pro Kopf führt. Welche Standards das sein werden, und wie weit der proportionale Kostenanstieg durch technischen Fortschritt (geringere Unterhaltskosten, Internet) und neue Versorgungsmodelle (zum Beispiel:

## Herausforderung Staatsverschuldung



Dienstleistungszentren und mobile Komponenten, ehrenamtlich betriebene Buslinie statt ÖPNV) kompensiert werden kann, ist ungewiss.

- Familie: Der Verzicht auf Kinder und der Rückgang von Mehrkinderfamilien lassen die familiäre Pflege von Älteren, heute noch die Regel, spätestens für die Babyboomer-Generation tendenziell zur Ausnahme werden. Wie weit das durch neue Formen des Zusammenlebens über Verwandtschaftsbeziehungen oder Generationengrenzen hinweg kompensiert werden kann, ist ungewiss.

Noch sind die Folgen des demographischen Wandels im Alltag wenig zu spüren. Erst wenn die geburtenstarken Jahrgänge zwischen 1955 und 1965, von deren Leistungen wir heute noch profitieren, in den Ruhestand gehen, wird sich die Lage mit zunehmender Wucht verändern. Dabei drohen sich die unterschiedlichen Folgen des demographischen Wandels in ihren Auswirkungen gegenseitig zu verstärken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wollen wir die Folgen des demographischen Wandels hinnehmen und uns entsprechend anpassen – auch im Vertrauen darauf, dass die Folgen durch gesellschaftliche Selbststeuerung kompensiert werden, oder wollen wir ihn genauer erkunden und ihm nach Möglichkeit entgegenwirken?

### Was können wir tun?

Wenn wir uns darum bemühen wollen, der demographischen Schrumpfung unserer Gesellschaft zu begegnen – bei welchen Ursachen können und müssen wir dann vor allem ansetzen?

- Die steigende Lebenserwartung ist nicht nur nicht beeinflussbar, sondern

ein Grund zur Freude und Anlass genug, sie zum Besten zu nutzen.

- Die Zuwanderung kann erhöht werden. Allerdings müssen nach bisheriger Erfahrung mindestens dreimal so viele Menschen zuwandern wie dauerhaft im Land bleiben sollen. Wollte man mit Einwanderung die Bevölkerungsschrumpfung ausgleichen, dann müssten statt der derzeit etwa 200 000 „Nettozuwanderer“ pro Jahr etwa 344 000 Menschen dauerhaft einwandern, also rund 1,1 Millionen Menschen pro Jahr. Weil die Geburtenraten in den meisten Staaten Europas und insbesondere in Mittel- und Osteuropa sinken, müssten dafür künftig voraussichtlich immer mehr Menschen aus entfernten Ländern und Kulturen zu uns kommen – mit entsprechend wachsenden Integrationsaufgaben.
- Eine weitere Option wäre ein Anstieg der Geburtenrate. Schon der moderate Zuwachs der durchschnittlichen Geburten auf über 1,7 Kinder pro Frau würde, verbunden mit weiterer Zuwanderung in der bisherigen Größenordnung, die demographische Herausforderung sehr deutlich entschärfen. 1,7, diese Zahl entspricht auch den Wünschen der 20- bis 39-jährigen Frauen und Männer. Würde gar die für die Erhaltung der Bevölkerungszahl notwendige Geburtenrate von etwa 2,1 Kindern pro Frau (wieder) erreicht, dann wäre aus demographischer Sicht der Generationengerechtigkeit am besten gedient und trotz zunächst zunehmender Gesamtbelastung (steigende Versorgungslasten für Kinder und Ältere) die wirtschaftliche Entwicklung vor „demographischen Schocks“ geschützt. Dann müsste sich aber auch der Wunsch nach Kindern wieder erhöhen.

## Offene Fragen

- Wie gut sind unsere aktuellen Statistiken? Brauchen wir aktuelle Daten, beispielsweise eine neue Volkszählung und einen stärker differenzierten Mikrozensus?
- Welche Prioritäten bilden wir – Bund, Länder, Gemeinden und Gesellschaft – mit Blick auf die notwendigen Anpassungen an die demographische Entwicklung, mit Blick auf ihren voraussichtlich regional sehr unterschiedlichen Verlauf und mit Blick auf die nötigen Maßnahmen zum Umsteuern?
- Wie erreichen wir, dass die Probleme in ihren Zusammenhängen erfasst und angegangen werden, statt nur durch das Prisma der Zuständigkeitsverteilung und im Kaleidoskop der Tagesaktualität? Wie lässt sich beherztes, stimmiges und stetiges Handeln sichern?
- Sind unsere Bemessungs- und Verteilungsparameter noch angemessen? Benötigen wir zum Beispiel ein Eltern- oder Familienwahlrecht?
- Wie schaffen wir rundum Rahmenbedingungen, die die Entscheidung zur Elternschaft nicht erschweren, sondern erleichtern und nachhaltig unterstützen?
- Was kann sogleich geschehen? Was kann jede und jeder Einzelne beitragen? Wie lassen sich die Aufgaben und Chancen den Bürgerinnen und Bürgern möglichst wirksam nahe bringen?
- Von welchen guten Beispielen im In- und Ausland können wir lernen?
- Welche Grundsätze und Leitideen (zum Beispiel: Subsidiarität, Ehrenamt, akti-

vierender Staat, Drei-Kinder-Familie, Gleichheit der Bildungschancen, Integration von Zuwanderern als wechselseitiger Anspruch, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien als Querschnittsaufgabe, lebenslanges Lernen, Miteinander der Generationen) sollen maßgebend sein für unser Handeln?

- Wie viel Übereinstimmung in „Schicksalsfragen“ setzt das voraus?



## Dinner Speech von Sir Roger Douglas

Der Finanzminister a.D.  
von Neuseeland beim  
Abendessen aus Anlass  
der Konferenz „Demo-  
graphischer Wandel  
in Deutschland“ am  
Dienstag, 6. Dezember  
2005, in Berlin

### Neuseeländische Lektionen

Die Erfahrungen, die wir in Neuseeland gemacht haben, erlauben einen aufschlussreichen Blick in das Wesen des politischen Konsenses, der von Politikern in Neuseeland und andernorts nur allzu oft falsch verstanden wird. Der gängigen Meinung zufolge muss bereits vor Reformbeginn breite Zustimmung für die Einzelheiten der Reform vorhanden sein, andernfalls kann man die durchgeführten Maßnahmen im Wahlkampf nicht politisch verteidigen. Die Tendenz geht dahin, von vornherein Konsens herbeiführen zu wollen und dafür die Qualität der Entscheidungen aufs Spiel zu setzen, um die Vorteile herauszustellen und die Kosten entweder zu ignorieren oder auf später zu verschieben. Aber wenn die Regierung ihre Pläne zugunsten eines unmittelbaren Vorteils und zu Lasten der mittelfristigen Ergebnisse verwässert, werden die Bürger auf Dauer nur noch unzufriedener sein. Tatsache ist, dass die zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen ebenso zahlreiche und komplexe Interessen verfolgen. Niemandem gefällt die Vorstellung, die eigenen, gewohnten Privilegien könnten gestrichen werden. Qualitätsentscheidungen können nicht auf breite Zustimmung hoffen, bevor sie endgültig getroffen und umgesetzt worden sind. Der Konsens kommt mit der Zeit, wenn die getroffenen Entscheidungen den Menschen zufriedenstellende Ergebnisse liefern. Um Wahlen zu gewinnen, muss eine Regierung mutig genug sein, Qualitätsentscheidungen umzusetzen, auch deren schmerzliche Aspekte ehrlich vermitteln, statt sie unter den Teppich zu kehren, und sich letztendlich auf der Grundlage der positiven Auswirkungen ihrer Reform beurteilen lassen.

### Lektion: Politik beginnt mit den Menschen.

Politik ergibt sich aus der Qualität von Beobachtung, Wissen, Analyse und Vorstellungskraft, sowie aus der Fähigkeit zu kreativem Denken, um so viele Optionen wie möglich zu schaffen. Zum Erfolg der Reformen des öffentlichen Sektors ab 1984 in Neuseeland trugen die Menschen genauso viel bei wie die Politik. Wer sich dem neuen Umfeld nicht anpassen kann oder will, muss ersetzt werden.

Allerdings können die richtigen Anreize und Strukturen auch dazu führen, dass viele dynamische und fähige Leute, die unter dem alten System nicht die erforderlichen Leistungen erbringen konnten, unter dem neuen System besser arbeiten. Dem Leiter einer unserer damaligen Handelsabteilungen beispielsweise wurde gesagt, er würde in dem neuen Unternehmen nicht mehr benötigt, da unter seiner Führung die Ausgaben die Einnahmen in der Vergangenheit um Millionen überstiegen hätten. Worauf er erwiderte: „Damals waren die Vorschriften eben so, heute sind sie anders, das ist kein Problem für mich!“ Der erstaunte Vorsitzende würdigte das, gab ihm die Stelle, und er machte seine Arbeit wirklich sehr, sehr gut.

### Lektion: Man darf nicht in kleinen Schritten vorgehen.

Ziele müssen klar definiert und mit Siebenmeilenstiefeln verfolgt werden, sonst gibt man den Interessengruppen ausreichend Zeit, sich zu formieren und die Reformen zu Fall zu bringen.

Die politischen Probleme, die ein konventioneller Angriff auf Einfuhrbeschränkungen mit sich bringt, sind gemeinhin bekannt. Die Vorteile sind für die wenigen, die in ihren Genuss kommen, beträchtlich. Solche Gruppen sind normalerweise gut organisiert und neigen dazu, Zeter und Mordio zu schreien, wenn jemand ihre Privilegien bedroht, und sie sind durchaus in der Lage, sehr starken Widerstand gegen Reformen zu mobilisieren.

So hoch die Kosten protektionistischer Regelungen im Ganzen auch sind, so gering werden sie, wenn man sie auf die einzelnen Personen und Einheiten umlegt, die über die gesamte Volkswirtschaft verstreut sind und oft gar nicht sichtbar für diejenigen, die die Rechnung bezahlen. Letztere sind bestenfalls schwache und schlecht organisierte Verbündete der Reform. Schlimmstenfalls schaffen es die Interessengruppen mit ihren Kampagnen, von ihrem Unwissen zu profitieren und sie davon zu überzeugen, dass Reformen dem Land schaden. Hier wie überall auf der Welt ist die landläufige Meinung die, dass Reformer gar nicht gewinnen können. Eine tief greifende Strukturreform gilt als bewusster politischer Selbstmord. Diese Befürchtung bewahrheitet sich, wenn die Streichung von Privilegien in kleinen Schritten vorgenommen wird. Paradoxerweise bewahrheitet sie sich jedoch nicht, wenn die Privilegien vieler Gruppen auf einmal gestrichen werden. In diesem Fall müssen zwar auch einzelne Gruppen auf ihre Privilegien verzichten, jedoch werden sie gleichzeitig von den Gesamtkosten entlastet, die sie für die sozialen Vorteile anderer Gruppen innerhalb der Volkswirtschaft zahlen mussten. Interessanterweise fällt es schwerer, das Leid der eigenen Gruppe zu beklagen, wenn alle anderen mindestens genauso stark betroffen sind – und mittelfristig profitiert jeder vom kurzfristigen Verlust des anderen.

Reformen in großen Paketen durchsetzen zu wollen ist mehr als nur eine nette Idee. Die politische und wirtschaftliche Wirksamkeit dieser Vorgehensweise beruht auf grundlegenden Überlegungen, die das Wesen jeder guten Strukturreform ausmachen: Eine Volkswirtschaft funktioniert als ein organisches Ganzes, nicht als zusammenhanglose Ansammlung einzelner Teile. Strukturreformen dienen der qualitativen Verbesserung des Zusammenspiels innerhalb des Ganzen.

Werden Reformen in großen Paketen gebündelt, dann können die Verbindungen innerhalb des Systems dazu beitragen, die einzelnen Maßnahmen gegenseitig zu verstärken, und so das Verkaufspotenzial des ganzen Pakets erhöhen. Wer die Zustimmung

der Öffentlichkeit gewinnen möchte, muss überzeugend darlegen, dass durch den Reformprozess die Chancen für die Gesamtbevölkerung verbessert, gleichzeitig aber auch die schwächsten Gruppen innerhalb der Gemeinschaft geschützt werden. Große Pakete bieten die nötige Flexibilität, aufzeigen zu können, dass Verluste, die eine bestimmte Gruppe hinnehmen muss, durch beträchtliche Vorteile für dieselbe Gruppe in anderen Bereichen aufgewogen werden.

Die Menschen sind zu einem Verzicht auf Zeit bereit, wenn langfristige Gewinne überzeugend in Aussicht gestellt werden, und wenn Kosten und Nutzen sichtbar gerecht auf die Gesellschaft als Ganzes verteilt sind. Gerechtigkeit schließt natürlich nicht eine Entschädigung derjenigen ein, die ihre Privilegien verloren haben, jedoch werden auch sie nach der Anpassungsphase einen realen und beträchtlichen Nutzen aus den Reformen ziehen. Wird diesem Ausgleich unzureichend Rechnung getragen, so werden die Reaktionen der übervorteilten Bürger, die mehr als ihren eigentlichen Anteil an den Kosten übernehmen müssen, den Reformprozess letztendlich zu Fall bringen.

### **Lektion: Geschwindigkeit ist ausschlaggebend.**

Ist ein Programm einmal ausgearbeitet, kann es gar nicht schnell genug vorangehen. Sogar bei höchstmöglicher Geschwindigkeit nimmt die Umsetzung eines kompletten Programms noch Jahre in Anspruch. Die kurzfristigen Nachteile hingegen sind ab dem ersten Tag spürbar. Wenn Reformen über Jahre hinweg immer wieder verschoben werden, sind die unmittelbaren Nachteile unweigerlich beträchtlich. Konkrete Vorteile lassen sich aufgrund der systeminternen Verzögerungen erst nach einer gewissen Zeit ausmachen. Wird zu langsam gehandelt, kann die breite Zustimmung zu einer Reform ins Gegenteil umschlagen, lange bevor die ersten Ergebnisse sichtbar sind und lange bevor die Regierung den Reformprozess beendet hat.

Es ist sehr gefährlich, die Reformgeschwindigkeit drosseln zu wollen, um Interessengruppen entgegenzukommen, die behaupten, durch ein gemäßigteres Tempo hätten die Menschen mehr Zeit und somit weniger Schwierigkeiten, sich auf die Neuerungen einzustellen. Versucht man es dennoch, so bedarf es lediglich eines winzigen Fehlers oder der Fehleinschätzung äußerer Umstände, um sich letztendlich rückwärts statt vorwärts zu bewegen und die Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Interessengruppen, die ihre Privilegien schützen wollen, setzen sich immer für ein geringeres Reformtempo ein. So haben sie mehr Zeit, die Öffentlichkeit gegen die Reformen aufzubringen. Andererseits können Interessengruppen auch nicht von den Vorteilen der Reform profitieren, wenn die Regierung diese noch nicht weit genug vorangetrieben hat, um die ihnen durch Privilegien anderer Interessengruppen auferlegten Kosten zu verringern. Die Interessengruppen unterschätzen fortwährend die eigene Fähigkeit zu erfolgreicher Anpassung in einem Umfeld, in dem die Regierung auch die Privilegien anderer Gruppen schnell und auf breiter Front abschafft.

1984 teilte mir der Vorsitzende der neuseeländischen Molkereigenossenschaft mit, die Landwirte könnten mit einem Wechselkurs von mehr als 44 Cent gegenüber dem US-Dollar nicht überleben. Damals stand der Kurs bei 50 Cent. Als für einen US-Dollar 55 neuseeländische Cent bezahlt werden mussten, argumentierten die Landwirte, jeder Wechselkurs über 50 Cent ruiniere die Landwirtschaft, und bei einem Kurs von 55 Cent gehe die gesamte Industrie Neuseelands zugrunde. Als der Kurs dann auf 70 Cent für einen US-Dollar stieg, sagten die Landwirte, dass sie mit einem Kurs von 62

oder 63 Cent vermutlich leben könnten. Jedes Mal waren sie auf die Symptome fixiert, anstatt die grundlegenden Aspekte zu sehen.

Strukturreformprogramme werden durch Unsicherheit und nicht durch zu hohes Tempo gefährdet. Und das Tempo trägt entscheidend dazu bei, Unsicherheit auf einem Mindestmaß zu halten. Weltweit wurde viel über die optimale Ablaufplanung von Strukturreformen sowie über die angeblichen Fehler unserer und anderer Regierungen bei eben dieser Planung diskutiert. Diese Salontheoretiker halten es für erstrebenswert, sich zunächst dem Arbeitsmarkt oder dem Gütermarkt zu widmen, bevor man sich an die Deregulierung von Sektoren wie der Finanzbranche wagt. Auf rein analytischer Ebene ist diese Diskussion unterhaltsam, führt jedoch zu keinen klaren Antworten. Für mich als Praktiker ist sie komplett irrelevant.

Bevor man den perfekten Schritt und dessen perfekte Durchführung planen kann, hat sich die Situation ohnehin längst verändert. Und anstelle eines perfekten Ergebnisses hat man am Ende nur eine verpasste Gelegenheit vorzuweisen. Die Auswirkungen mancher Entscheidungen sind sofort spürbar, andere erfordern zwei bis fünf Jahre harter Arbeit, bevor sie voll und ganz umgesetzt werden können. Insofern wäre die perfekte Ablaufplanung, selbst wenn es sie geben würde, nicht durchführbar. Wenn sich eine Möglichkeit bietet, eine Entscheidung zu treffen oder eine Maßnahme durchzuführen, die mittelfristig sinnvoll ist, sollte man sie ergreifen, bevor es zu spät ist. Wenn eine Volkswirtschaft in eine Sackgasse geführt wurde und sich nicht mehr vorwärts bewegen kann, muss man so schnell wie möglich den Rückwärtsgang einlegen, um sie aus der Sackgasse hinaus auf die Hauptstraße in eine bessere Zukunft zu lenken.

**Lektion: Kommt die Reform erst einmal in Schwung, darf man sie keinesfalls vor Beendigung des gesamten Programms aufhalten.**

Die Gegner treffen wesentlich schlechter, wenn sie auf ein sich schnell bewegendes Ziel schießen müssen. Wenn man eine neue Entscheidung trifft, während sie noch eifrig gegen die vorhergehende mobil machen, befindet man sich permanent im Zentrum des öffentlichen Interesses und zwingt sie zu einer öffentlichen Auseinandersetzung. Die Regierung kann das öffentliche Bewusstsein für die wesentlichen Punkte der Reform schärfen, indem sie Inhalt und Ablauf ihrer Reformen strukturiert und so die Relevanz grundlegender wirtschaftlicher Verflechtungen nachdrücklich aufzeigt.

Ende 1985 beispielsweise führten die hohen Anpassungskosten zu tiefen Einschnitten in der Weidewirtschaft. Einige Subventionen wurden nicht länger gezahlt, und die internationalen Rohstoffpreise lagen niedrig. Der Preis für Grund und Boden fiel unter das noch durch die Subventionen der Vorgängerregierung begünstigte Niveau, zugleich zeichneten sich Kapitalprobleme in erheblichem Ausmaß ab. Trotzdem war die Ressourcenzuweisung in Land- und Forstwirtschaft nach wie vor durch umfangreiche Vergünstigungen verzerrt, durch die Betroffene Abschreibungen der Tierhaltung und Entwicklungskosten mit anderem steuerpflichtigen Einkommen verrechnen konnten. In dem Wissen, dass der Steuerzahler für zwei Drittel ihrer Kosten aufkommen würde, boten potenzielle Käufer beim Viehkauf ungeniert doppelt bis dreimal so viel Geld wie durch den Marktpreis gerechtfertigt. Auch in der Weinindustrie führten Steuerabschreibungsmöglichkeiten dazu, dass doppelt so viel Anbaufläche genutzt wurde wie zur Deckung des Bedarfs notwendig, und dass Weinvorräte für drei

Jahre vorhanden waren, doppelt so viel wie im internationalen Vergleich. Die Regierung beschloss, dass trotz des ungünstigen Klimas und der erhöhten Kosten für die Betroffenen all diese Zugeständnisse abgeschafft werden mussten, um mittelfristig die Gesundheit der neuseeländischen Industrie sicherstellen zu können.

Um dem unvermeidlichen öffentlichen Aufschrei nach dieser Entscheidung entgegenzuwirken, beschleunigten wir das Reformprogramm: Wir kündigten gleichzeitig eine bislang einmalige Kampagne zur Bekämpfung von Verschwendung im öffentlichen Sektor an. Die zugrunde liegende Entwicklung ist sehr wichtig. Bevor man einem geschützten Sektor Privilegien aberkennt, sehen die Betroffenen strukturelle Veränderungen meistens als eine Bedrohung, die es unter allen Umständen zu bekämpfen gilt. Hat man die Privilegien jedoch bereits gestrichen und gezeigt, dass die Uhr nicht zurückgedreht werden kann, wird die Gruppe nach und nach auf die Streichung von Privilegien anderer Gruppen hinarbeiten, für die sie bisher noch teuer bezahlen muss. Andererseits ist exakt die gegenteilige Entwicklung zu beobachten, wenn eine bevorzugte Gruppe ihre Privilegien behalten darf und vor den Auswirkungen der Reformen immer wieder geschützt wird. Innerhalb der geschützten Gruppen macht sich immer mehr Angst breit, je weiter der Reformprozess im Rest des Landes voranschreitet. Sie fürchten, als nächste an der Reihe zu sein. Ihre interne Organisation verbessert sich rapide. Sie arbeiten an ihrem öffentlichen Profil und verstärken ihren Widerstand. Um ihre von der Reform nicht betroffenen persönlichen Interessen zu kaschieren, versuchen sie, die Rhetorik der öffentlichen Debatte zu prägen. Ziel dieser Rhetorik ist es, den Glauben der Bürger an die mittelfristigen Vorteile zu schwächen, die kurzfristigen Kosten überzubetonen und sie als Ziel und einzige Konsequenz der Reformen darzustellen.

Diese Gruppen setzen letztendlich alles daran, Kontrolle über den politischen Prozess innerhalb der Reformpartei zu erhalten und durch den Stopp des gesamten Reformprogramms jegliche Bedrohung für die eigene Gruppe auszuschließen. Die Lösung lautet: das Übel an den Wurzeln packen. Privilegien müssen gerecht auf breiter Front abgeschafft werden, und man muss solchen Gruppen genau wie allen anderen Bürgern eine konstruktivere Rolle in einer besseren Gesellschaft zukommen lassen.

**Lektion: Fortwährende Glaubwürdigkeit ist unabdingbar, um das Vertrauen der Bürger in strukturelle Reformen zu wahren und die Kosten zu minimieren.**

Der Schlüssel zur Glaubwürdigkeit liegt in der Konsequenz des politischen Programms und dessen Vermittlung. Der erste Schritt muss früh genug unternommen werden und groß genug sein. Mit den Mustern der Vergangenheit muss auf drastische Weise gebrochen werden, um die Bürger zu überzeugen, dass es diesmal jemand wirklich ernst meint. Mangelt es der Regierung an Glaubwürdigkeit, werden die Menschen Veränderungen ablehnen, und letztendlich wird die Kluft zwischen ihren alten Verhaltensmustern und den neuen politischen Vorgaben der Wirtschaft hohe und vor allem vermeidbare Kosten aufbürden. Die schmerzlichen Auswirkungen des Reformprozesses sind für viele Menschen schon sehr bald nach dessen Beginn spürbar. Ihr Vertrauen in die Politik hängt davon ab, ob sie dennoch überzeugt sind, dass die Regierung die Reformen zu einem erfolgreichen Abschluss bringen wird.



Tempo, Dynamik, das Vermeiden von Ad-hoc-Entscheidungen sowie eine unerschütterliche Orientierung an mittelfristigen Zielen entscheiden über die Glaubwürdigkeit der Regierung. Entschlossenes Handeln ist besonders dann wichtig, wenn die Bürger allen guten Absichten der Regierung zum Trotz skeptisch bleiben und schließlich doch fühlen müssen, weil sie nicht hören wollten. Ab wann man sich im Kampf um die Glaubwürdigkeit auf der Gewinnerseite befindet, ist offensichtlich: Die Medien nehmen jede einzelne Aussage der Regierung auf der Suche nach Inkonsequenz bei Entscheidungen und Abweichung von Prinzipien genau unter die Lupe.

Die Menschen beginnen zu verstehen, dass der Erfolg einzelner Gruppen beim Kampf um Schutz und Privilegien immer vermeidbare Kosten für die anderen bedeutet, die sich dem Anpassungsprozess stellen. Damit verändert sich die Botschaft der Wähler. Sie lautet jetzt: „Macht weiter mit den Reformen, bringt sie zu einem erfolgreichen Abschluss, oder wir strafen euch bei den nächsten Wahlen ab.“

Strukturreformen besitzen eine eigene innere Logik, die auf den Verflechtungen innerhalb der Wirtschaft gründet. Um Vorteile für die Gesellschaft als Ganzes zu erwirken, muss dieser Logik Rechnung getragen werden, in der ein Schritt immer den nächsten bewirkt. Die Streichung von Exportbeihilfen ist sinnlos, wenn nicht gleichzeitig die Kosten für Exporteure durch Zollsenkungen, Deregulierung des Binnentransports und Reformen von Häfen und Reedereien reduziert werden. Die öffentlichen Einnahmen aus Korporatisierung und Privatisierung verpuffen, wenn die Ausgaben für das Sozialsystem weiterhin ansteigen, weil es nicht effizienzorientiert reformiert wurde. Betriebsbedingte Kündigungen, die sich aus einer Rationalisierung des Produktionsprozesses mit dem Ziel der Effizienzsteigerung ergeben, können zu Langzeitarbeitslosigkeit führen, wenn auf einem unflexiblen Arbeitsmarkt die Arbeitnehmer gegen die Arbeitsuchenden abgeschirmt werden. Wird der inneren Logik einer Reform nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen, wird das Vertrauen von Investoren geschwächt, und die Wirtschaft wächst möglicherweise nicht so schnell und nachhaltig wie eigentlich möglich.

Der Kampf um Konsequenz und Glaubwürdigkeit hört nie auf und kann letzten Endes nie gewonnen werden. Er ist jedoch zentrales Element jeder neuen Entscheidung, über die die Regierung nachdenken muss. Die Wiedergewinnung verlorener Glaubwürdigkeit kann mehr Zeit in Anspruch nehmen als ihre ursprüngliche Herstellung. Wenn das Vertrauen ins Wanken gerät, sollte man den Reformprozess um einen neuen großen Schritt vorantreiben – und dabei schnell handeln.

### Lektion: „Let the Dog see the Rabbit.“

Die Menschen können dem Reformprozess nicht zustimmen, solange sie nicht wissen, wohin er sie führen wird. Zwar sollte eine Regierung Reformen so schnell wie möglich vorantreiben, die Öffentlichkeit jedoch trotzdem wann immer möglich von vornherein über Ziele und Absichten informieren. Wo Programme etappenweise umgesetzt werden bzw. werden können, muss vorab ein Zeitplan veröffentlicht werden.

Diese Strategie ist besonders wichtig in Bereichen wie der Abschaffung von Einfuhrgenehmigungen oder der Senkung von Zöllen, die sich beträchtlich auf die Geschäftstätigkeit von Unternehmen auswirken. Selbstverständlich könnte eine starke Minderung des Schutzes kostenintensiven Industriezweigen eine untragbare Last auf-

bürden, wenn nicht parallel dazu Reformen an anderen Stellen des Systems durchgeführt würden. Die Entscheidungsträger müssen fähig sein, die gesamte Bandbreite an Veränderungen zu überblicken, die Unternehmen reformbedingt werden hinnehmen müssen, um einen sinnvollen Anpassungsplan erstellen zu können.

Durch die Freigabe von Informationen können auch professionelle Analysten überall in der Gesellschaft ihre eigene, unabhängige Einschätzung des Reformfortschritts sowie der Leistung der Regierung vornehmen. Sie sind in der Lage, die Bedeutung von Qualitätsentscheidungen und die Vorteile konsequenter, mittelfristig angelegter Politik nachzuvollziehen. Oft fungieren sie als Berater von Interessengruppen und genießen deren Vertrauen. Mit der Zeit wird ihre Objektivität, gepaart mit ihrer steigenden Sympathie für das Reformprogramm, zu einem zentralen Faktor bei den Bemühungen um eine geneigte öffentliche Meinung.

Das Vertrauen der Bevölkerung wird noch weiter gesteigert, wenn Vertreter der Privatwirtschaft, die aufgrund ihrer Erfahrung und Fähigkeit respektiert werden, bei der Feinabstimmung der Politik und der Verbesserung des Managements mithelfen. Sachverständigengremien mit Vertretern der Privatwirtschaft erhielten bei unseren größten Steuerinitiativen beispielsweise die nötigen Rückmeldungen aus der Bevölkerung, um sämtliche administrativen Fehler der neuen Systeme beheben zu helfen.

### Lektion: Nie die Bürger unterschätzen!

Es sind die Ängste der Politiker, nicht Unwissenheit, Mutlosigkeit oder fehlender Realitätssinn auf Seiten der Wähler. Es ist das tägliche Brot der Bürger, kurzfristige Belastungen zu ertragen, um auf lange Sicht davon zu profitieren. Warum sonst nähmen sie Hypotheken auf oder brächten Kinder zur Welt? Jedermann wünscht sich doch Politiker, die mit Zuversicht und Mut dabei helfen, im Jahr 2005 und darüber hinaus ein besseres Land für unsere Kinder zu schaffen.

Erfolgreiche Strukturreformen sind nur möglich, wenn man den Wählern vertraut, sie respektiert und informiert. Man muss ihnen die Möglichkeit geben, sich ein fundiertes Urteil über die Vorhaben der Regierung zu bilden.

Man muss der Öffentlichkeit immer wieder offen und ehrlich darlegen,

- worin das Problem besteht und wie es entstand,
- wie es bisher ihrem persönlichen Interesse geschadet hat,
- welche Ziele die Politik bei der Problemlösung verfolgt,
- wie man diese Ziele zu erreichen gedenkt,
- welche Kosten und welcher Nutzen sich aus den geplanten Reformen ergeben, und
- warum der einmal eingeschlagene Weg besser ist als alle anderen Optionen.

Der Durchschnittsbürger versteht die Reform möglicherweise nicht in allen Einzelheiten, verfügt aber dennoch über eine lebenslange Erfahrung im Berufs- und Privatleben und ist daher durchaus in der Lage, die Spreu vom Weizen zu trennen. Die Menschen wissen, wann man sich um Fragen herumdrückt. Sie spüren, wann sie bevormundet oder betrogen werden, und das mögen sie nicht. Sie respektieren Politiker, die sich ihren Fragen offen und ehrlich stellen.

## Lektion: Zucken Sie nicht, in souveräner Ruhe liegt Ihre Überzeugungskraft!

Das Vertrauen der Bürger steht und fällt mit dem Auftreten der Politiker. Im Zuge der neuseeländischen Strukturreformen mussten Minister den Bürgern teilweise die radikalsten Entscheidungen der letzten 50 Jahre vermitteln. Unverkramptes, nüchternes Auftreten ist wichtig, wenn man zu den Bürgern spricht. Ihre Zuversicht hängt immer von der Zuversicht der Politiker ab. Sobald eine Wirtschaft unter Veränderungsdruck steht, verfolgt die ganze Gesellschaft jeden Fernsehauftritt der Reformer mit Argusaugen und lauert auf das kleinste Zeichen von Nervosität. Ein leichtes Wimpernzucken – und schon können Zuversicht und die Bereitschaft, Reformen mitzutragen, dahin sein. Die erkennbare Unsicherheit wichtiger Minister verbreitet sich dann wie eine ansteckende Krankheit in der Gesellschaft.

Strukturreformen zwingen den Durchschnittsbürger, eingefahrene Vorstellungen und Gewohnheiten grundlegend zu ändern. Es ist nur natürlich, dass sich dadurch viele Menschen unwohl und unsicher fühlen. Wir haben seriöse Untersuchungen durchgeführt, die belegen, dass die Bürger mit der Zeit immer sensibler auf Symptome einer solchen Unsicherheit bei verantwortlichen Reformpolitikern reagieren. Versammlungen und Fernsehnachrichten dienen ihnen nicht nur zum Informationsgewinn und zum besseren Verständnis der Reformen, sondern auch zur Sondierung der emotionalen Lage der verantwortlichen Politiker. Wenn sie die technischen Details eines politischen Arguments nicht verstehen, verlassen sie sich zur Meinungsbildung auf den Eindruck, den die Befindlichkeit des Redners bei ihnen hinterlässt. Auch dies macht deutlich, weshalb es wichtig ist, qualitativ hochwertige Entscheidungen zu treffen. Wenn man von der Richtigkeit einer Entscheidung überzeugt ist und weiß, dass sich die Reformen auf das anvisierte Ziel zubewegen, spüren das die Beobachter vor dem Bildschirm.

Nur wer von der Richtigkeit einer Entscheidung überzeugt ist, kann den Menschen unverkrampt und selbstbewusst gegenüberreten und selbst auf großen Veranstaltungen mit aufgebrachtem Publikum unerschütterliche Zuversicht ausstrahlen. Diese Anmerkungen sollen keine Anleitung für arrogantes Auftreten sein. Wer gute Politik machen und diese auch erfolgreich an den Mann bringen möchte, sollte sich unbedingt die unterschiedlichen Argumente verschiedener Seiten anhören. Jedoch müssen all diese guten Ratschläge an den mittelfristigen Zielen der Regierung gemessen werden. Konsequenz an einem Kurs festzuhalten, der das Land in eine bessere Zukunft führt, hat mit Arroganz nichts zu tun.

## Lektion: Anreize, Wahlmöglichkeiten, Monopole: die richtigen Grundlagen schaffen.

Eine kranke Wirtschaft kann nicht gesund reguliert werden. Wirtschaftliche Dynamik ist die frei gewordene Energie von Menschen auf allen Ebenen, die ihren Weg selbst wählen und die Chancen ergreifen, die für sie am vorteilhaftesten sind. Aufgabe der Regierung ist hierbei die Gestaltung der Rahmenbedingungen, um mehr Wahlmöglichkeiten zu bieten, Produktivitätsanreize zu schaffen und die Menschen zu überzeugen, dass der Vorteil des Einzelnen immer auch der Vorteil aller ist. Anders

ausgedrückt, man darf nie vergessen, auf wessen Seite man steht. Die Existenzberechtigung von Interessengruppen – seien es Landwirte, Hersteller, Lehrer oder Leute aus dem Gesundheitswesen – besteht darin, die Interessen der Verbraucher zu vertreten und ihre Situation zu verbessern.

Sinn und Zweck jeder wirtschaftlichen Aktivität ist es, die Bedürfnisse der Verbraucher zu befriedigen. Die Aufgabe der Regierung besteht nicht darin, einzelne Interessengruppen auf Kosten aller Verbraucher zu schützen. Sie muss vielmehr sicherstellen, dass Interessengruppen nur dann existieren können, wenn sie der Allgemeinheit von Nutzen sind. In Planwirtschaften ging man davon aus, derartige Probleme würden sich in Luft auflösen, wenn der Staat befugt ist, zum Schutz der Bürger an deren Stelle alle wichtigen Entscheidungen zu treffen. Seit 1917 hat sich immer wieder gezeigt, dass diese Theorie nicht praktikabel ist. Die Regierungen mussten die Macht, derer sie sich bedienten, zuerst den Menschen wegnehmen. So wurde die Regierung zur repräsentativsten aller Interessengruppen.

Auch in Neuseeland hat die Regierung diese Richtung durch ihr früheres Eingreifen in Bereiche wie Kohleförderung, Stromversorgung, Bildungs- und Gesundheitswesen oder soziale Fürsorge oft deutlich eingeschlagen.

### Der soziale Sektor: staatliches Monopol oder Wahlmöglichkeiten?

Meinungsumfragen lassen keinen Zweifel aufkommen: In allen Bereichen, in denen in Neuseeland Reformen umgesetzt wurden, befürworten die Wähler die weitreichenden Maßnahmen, die zur Reform und Umstrukturierung dieser riesigen Wirtschaftsbereiche getroffen wurden. Andererseits wird deutlich, dass die Regierung überall dort, wo unsere auf klare mittelfristige Erfolge ausgerichtete Reformpolitik auf halbem Weg zum Stillstand gekommen ist, jetzt bei der Öffentlichkeit einen sehr schweren Stand hat.

Am unzufriedensten sind die Menschen mit der Sozialpolitik der Regierung in Bereichen wie Gesundheits- und Bildungswesen, soziale Fürsorge und Integration ausländischer Mitbürger. Mehrere Regierungen in Folge haben große Anstrengungen für eine qualitative und quantitative Verbesserung des Gesundheits- und Bildungswesens unternommen. Diese Bereiche erhielten einen Sonderstatus und oberste Priorität. Die Regierung entschied sich jedoch bewusst dagegen, den Sektor der sozialen Dienstleistungen dem Reformdruck auszusetzen, der auf die meisten anderen Wirtschaftsbereiche ausgeübt wurde. Während an vielen anderen Stellen öffentliche Gelder gestrichen wurden, wurde der Etat für Gesundheit und Bildung real um 20 % aufgestockt – in der Tat eine Menge Geld. Letzten Endes wurden die Forderungen nach finanzieller Unterstützung in beiden Bereichen sogar noch lauter, wobei es kaum Anzeichen dafür gab, dass die zusätzlichen Gelder eine qualitative oder quantitative Verbesserung der Leistungen zur Folge hatten.

Wir können nicht mit abschließender Sicherheit sagen, wie verschwenderisch und ineffizient im Bereich der sozialen Dienstleistungen aufgrund von falschen Anreizen und mangelhafter Rechenschaftspflicht gearbeitet wurde. Es gibt jedoch keinerlei Anlass zu der Annahme, dass die Situation in diesem Bereich weniger katastrophal war als die Zustände, die wir bei staatlichen Handelsunternehmen vorfanden. In

Neuseeland ist und bleibt der Staat der wichtigste Anbieter von Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich. Es gibt so gut wie keinen Wettbewerb. Die Regierung geht davon aus, dass der Zugang zu Bildung und medizinischer Fürsorge nur dann für alle gewährleistet werden kann, wenn der Staat auch weiterhin Träger dieser Dienstleistungen ist. Außerdem wurde die Möglichkeit ausgeschlossen, Geringverdienenden die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, die entsprechenden Dienstleistungen von konkurrierenden Anbietern zu kaufen, da eine Folgeregierung diese Regelung im Handumdrehen ändern könnte. Die Erfahrungen aus Neuseeland zeigen, dass der beste Schutz in einem System besteht, das zufriedenstellende Ergebnisse liefert und daher das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit genießt.

In Anbetracht ihrer politischen Grundhaltung stand die Regierung in diesen Bereichen folgenden Hauptproblemen gegenüber:

- „Wie kann man in einem Bereich, der bisher staatliches Monopol war, den Anbietern das Prinzip der Wahlmöglichkeiten der Verbraucher vermitteln?“
- „Wie kann man Verschwendung wirksam bekämpfen, wenn die Regeln eines staatlichen Monopolanbieters Rechenschaftspflicht und Wettbewerb unterbinden?“

Letzten Endes gibt es nur eine wirklich gute Möglichkeit herauszufinden, wie viel staatliches Eingreifen angemessen ist: Eine Regierung sollte ihre Bürger nur dann besteuern, wenn sie das Geld im Hinblick auf wirtschaftliche beziehungsweise soziale Vorteile sinnvoller ausgeben kann, als es die Bürger könnten, wenn es in deren Händen bliebe. Meine Erfahrung hat gezeigt, dass dies zwar möglich ist, jedoch äußerst selten vorkommt.

## Pressestimmen

Hier finden Sie ausgewählte Pressestimmen zur Auftaktkonferenz am 06. und 07.12.2005 in Berlin:

### STUTTGARTER NACHRICHTEN

#### Köhler: Wissen der Älteren nutzen

Als überfällig bezeichnete Köhler Maßnahmen gegen die Altersdiskriminierung. „Wenn die Entwicklung so weitergeht, dann wird sie die Zukunft unseres Landes noch viel stärker prägen, denn immer weniger Kinder bedeuten auch immer weniger künftige Eltern.“ Zugleich sei die Lebenserwartung gestiegen. Wer arbeite, müsse künftig immer mehr Ältere mitversorgen. „Auf der anderen Seite fehlen die Kinder, die gestern nicht geboren wurden, morgen als Kunden und Konsumenten.“ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung forderte Köhler eine offene, unvoreingenommene Diskussion.

Nicht gespart werden dürfe aber an der Bildung. Bei sinkenden Kinderzahlen sei es dringender denn je, „jedem Kind in unserem Land ungeachtet seines Elternhauses bestmögliche Bildungschancen zu geben“.

**Stuttgarter Nachrichten, Stuttgart, 07.12.2005**

### DER TAGESSPIEGEL

#### Köhler warnt vor Überalterung

Eine der wichtigsten Fragen sei, „wie wir Zuwendung und Pflege für immer mehr alte Menschen sichern, die keine Familien mehr haben“. Und „wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme umbauen und ergänzen, damit die wachsende Zahl der Älteren auch künftig einen guten Lebensabend hat.“

Entscheidend aber sei, sagte Köhler, zu fragen, „warum immer mehr junge Menschen kinderlos bleiben“. Jeder Euro, der die Bedingungen von Familien verbessere, sei mithin eine unverzichtbare Investition in die Zukunft.

**Der Tagesspiegel, Berlin, 07.12.2005**

### WESTFALEN-BLATT

#### Köhler: „Wir müssen umdenken“

„Genauso wichtig ist aber auch die Feststellung: Wir sind den Ursachen und den Folgen des demographischen Wandels nicht hilflos ausgeliefert. Wir haben Möglichkeiten zu handeln, die Zukunft zum Guten zu beeinflussen.“

Nach Worten Köhlers sollte man nicht nur fragen, was man dem Altern und Schrumpfen der Gesellschaft entgegensetzen könne. „Wir sollten uns auch mal fragen, ob wir ihm überhaupt etwas entgegensetzen wollen. Fragen wir doch auch einmal, wie es sich lebt mit erheblich weniger als 80 Millionen Einwohnern.“

**Westfalen-Blatt, 07.12.2005**

### Die Tagespost

#### „Die zweitbeste Zeit ist jetzt“

Die Auftaktrede zu dieser Tagung des „Forums Demographischer Wandel“ hielt der Bundespräsident. Horst Köhler rief dazu auf, nach den Ursachen des Geburtenrückgangs zu fragen und alles zu tun, um die Folgen der demographischen Entwicklung zu mildern. Entscheidend sei, Familien zu fördern und die Alten nicht zu diskriminieren. Auch über Zuwanderung und Integration müsse neu diskutiert werden.

**Tagespost, Würzburg, 07.12.2005**

### Köhler sieht Alterung auch als Chance



Bundespräsident Horst Köhler sieht in dem Rückgang der Bevölkerung und der Überalterung der Gesellschaft nicht nur Gefahren, sondern auch Chancen für die Entwicklung.

**Financial Times Deutschland, 07.12.2005**

### Die Chancen des Wandels



Bundespräsident Horst Köhler hat zu einer offenen Debatte über den demographischen Wandel aufgerufen. „Wir können die Zukunft beeinflussen, zum Guten wie zum Schlechten“, sagte Köhler am Dienstag bei einer gemeinsamen Konferenz mit der Bertelsmann Stiftung.

Der Bundespräsident rief auch dazu auf, über die Chancen des Wandels zu sprechen. „Vielleicht sind die viel beschworenen demographischen Probleme gar keine Probleme, sondern auch Teil der Lösungen, wie zum Beispiel im Umweltbereich“, sagte er.

**Süddeutsche Zeitung, 07.12.2005**

### Köhler: Fähigkeiten der Alten nutzen



Auf einer Veranstaltung des Bundespräsidenten gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung wies Köhler am Dienstag in Berlin darauf hin, daß man mit den Folgen dieses Wandels positiv umgehen könne, etwa indem die Fähigkeiten von Alten besser genutzt werden. „Man kann auch im Alter offen für Neues und kreativ bleiben, und die Erfahrung und Umsicht der Älteren sind in vielen Zusammenhängen wichtig“, sagte Köhler.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.12.2005**

### Der Bundespräsident und die demographische Krise



Der Bundespräsident läßt nicht locker. Wohl als erster unter den Wortführern der so jäh verstummten deutschen Reformdebatte findet Horst Köhler seine Sprache wieder – und warnt vor den Folgen des demographischen Wandels.

**Die Welt, 07.12.2005**

### Kinderstunde



In der Folge seiner dramatischen Beschreibung der politischen Situation hat der Bundespräsident ein Forum „Demographischer Wandel“ ins Leben gerufen. Es soll die familiäre, bildungspolitische und wirtschaftliche Lage im Lande erörtern.

**Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.12.2005**

## Teilnehmerliste

### Die Arbeitsgruppen:

#### 1 Zukunft Wirtschaft und Soziales

#### 2 Zukunft Bildung und Wissenschaft

#### 3 Zukunft Familie und Kinder

<u>A</u>	<u>Institution</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
Dr. Hans Jürgen Ahrens	AOK-Bundesverband	2
Prof. Dr. Jutta Allmendinger	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)	3
<u>B</u>		
Prof. Dr. Paul Baltes	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung	2
Roland Berger	Roland Berger Strategy Consultants	2
Prof. Dr. Hans Bertram	Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften	1
Prof. Dr. Kurt Biedenkopf	Ministerpräsident a. D. Sachsen	1
Martin Biermann	Oberbürgermeister von Celle	2
Prof. Dr. Herwig Birg	Deutsche Gesellschaft für Demographie	1
Rudolf Böhmler	Staatskanzlei des Landes Baden-Württemberg	3
Dr. Holger Bonin	Institut zur Zukunft der Arbeit	2
Prof. Axel, Ph.D. Börsch-Supan	Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und demographischer Wandel	2
Horst-Dieter Brähmig	Oberbürgermeister von Hoyerswerda	2
Dr. Berthold Broll	Stiftung Liebenau	2
Prof. Dr. Ernst Buschor	Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH)	3
<u>D</u>		
Ulrich Deupmann	Bild am Sonntag	1
Prof. Dr. Reiner Hans Dinkel	Universität Rostock	1
Meike Dinklage	Brigitte	1
Sir Roger Douglas	Former Minister of Finance, New Zealand	
<u>E</u>		
Dr. Ulrich Eith	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg	2
Dr. Michael Endres	Hertie-Stiftung	1
Prof. Dr. Manfred Erhardt	Wissenschaftssenator a.D. Berlin	3
Andreas Esche	Bertelsmann Stiftung	2
<u>F</u>		
Otmar Fahrion	Fahrion Engineering GmbH	2
Anne von Fallois	Bundespräsidialamt	1
Prof. Dr. Gisela Färber	Deutsche Hochschule für Verwaltungs- wissenschaften Speyer	2
Steffen Flath	Sächsisches Staatsministerium für Kultus	3
Dr. Hans Fleisch	Bundesverband Deutscher Stiftungen	1
Ralf Fücks	Heinrich-Böll-Stiftung	2
<u>G</u>		
Dr. Susanne Gaschke	DIE ZEIT	1
Prof. Dr. Ute Gerhard	Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen	1
Michael Glos	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie	
Prof. Dr. Heinz Großekettler	Westfälische Wilhelms-Universität, Institut für Finanzwissenschaft	2



<u>H</u>	<u>Institution</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
Dr. Ingrid Hamm	Robert-Bosch-Stiftung	1
Dr. Volker Hauff	Rat für Nachhaltige Entwicklung	2
Prof. Thomas Heilmann	Scholz & Friends Group	2
Andreas Henke	Bertelsmann Stiftung	
Prof. Dr. Hans-Günter Henneke	Deutscher Landkreistag	2
Prof. Dr. Charlotte Höhn	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	1
Dr. Andreas Hollstein	Bürgermeister von Altena	1
Helmut Holter	Ministerium für Arbeit, Bau und Landentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	2
Reiner Holznagel	Bund der Steuerzahler	2
Prof. Dr. Karl Otto Hondrich	Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a.M., Institut für Gesellschaft und Politikanalyse	1
<u>J</u>		
Dr. Michael Jansen	Bundespräsidialamt	2
<u>K</u>		
Dr. Heike Kahl	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung	3
Volker Kauder	Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag	
Dr. Kristin von Kistowski	Max-Planck-Institut für demographische Forschung	1
Dr. Reiner Klingholz	Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung	2
Prof. Dr. Jürgen Kluge	McKinsey & Company Inc.	2
Hauke Koch	Bundespräsidialamt	
Martin Kothé	Bundespräsidialamt	
Thomas Krüger	Bundeszentrale für politische Bildung	3
Harald Kuhne	Bundeskanzleramt	2
<u>L</u>		
Dr. Alexandra Lang	Bundespräsidialamt	2
Prof. Dr. phil. h.c.		
Klaus-Dieter Lehmann	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	3
Marie-Luise Lewicki	Eltern	1
Michael Lieber	Bürgermeister von Betzdorf	2
Paul Locherer	Bürgermeister von Amtzell	1
<u>M</u>		
Prof. Dr. Heinrich Mädig	Deutsches Institut für Urbanistik	2
Dr. Kerstin Martens	Universität Bremen	3
Heinz Maurus	Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein	2
Dr. Susanne Mayer	DIE ZEIT	2
Prof. Dr. Heribert Meffert	Bertelsmann Stiftung	3
Dr. Johannes Meier	Bertelsmann Stiftung	2
Oswald Metzger	Publizist und Politikberater	2
Prof. Dr. Meinhard Miegel	Institut für Wirtschaft und Gesellschaft	2
Prof. Dr. Reinhard Mocek	Rosa-Luxemburg-Stiftung	3
Liz Mohn	Bertelsmann Stiftung	
Dr. Ruth Müller-Lindenberg	Bundespräsidialamt	3
Prof. Dr. Detlef Müller-Böling	Centrum für Hochschulentwicklung (CHE)	3
Franz Müntefering	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	

<u>N</u>	<u>Institution</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
Elisabeth Niejahr	DIE ZEIT	2
Prof. Dr. Frank Nullmeier	Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik	2
<u>O</u>		
Dr. Hans Ulrich Oel	Staatskanzlei des Landes Brandenburg	2
Dr. Marcus Ostermann	Deutscher Familienverband e.V.	1
<u>P</u>		
Dr. Uli Paetzel	Bürgermeister von Herten	
Martin Patzelt	Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder	2
Erik Peters	Bertelsmann Stiftung	3
Dr. Thieß Petersen	Bertelsmann Stiftung	
Ulrich Pfeiffer	Empirica AG	2
Karen Pfundt	Bundespräsidialamt	1
Dirk Popielas	Goldman Sachs Deutschland	2
<u>Q</u>		
Cornelia Quennet-Thielen	Bundespräsidialamt	1
<u>R</u>		
Dr. Klaus Rauscher	Vattenfall Europe AG	2
Kai-Uwe Ricke	Deutsche Telekom AG	3
Rainer Robra	Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt	1
Dr. habil. Peter Röhliger	Oberbürgermeister von Jena	2
Ingolf Roßberg	Oberbürgermeister von Dresden	2
Prof. Dr. Franz Ruland	Verband der Rentenversicherungsträger	2
Prof. Dr. Bert Rürup	Technische Universität Darmstadt	2
<u>S</u>		
Christa Sager, MdB	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag	3
Dr. Thilo Sarrazin	Senatsverwaltung für Finanzen Berlin	2
Dr. Andreas Schlüter	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft	3
Dr. Herbert Schmalstieg	Oberbürgermeister von Hannover	2
Dr. Albert Schmid	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	2
Wilhelm Schmidt	Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.	3
Dr. Heike Schmoll	Frankfurter Allgemeine Zeitung	3
Msgr. Alois Schröder	Kolpingwerk Deutschland	1
Dr. Wolfgang Schuster	Oberbürgermeister von Stuttgart	2
Dr. Rudolf Seitzers	Deutsches Rotes Kreuz	2
Prof. Dr. Helmut Seitz	Technische Universität Dresden	2
Judge Shlomo Shoham	Commission for Future Generations, The Knesset, Israel	
Prof. Dennis Snower	Institut für Weltwirtschaft	2
Prof. Dr. Thomas Straubhaar	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut	2
Prof. Dr. Wendelin Strubelt	Bundesamt für Bau- und Raumordnung	1
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rita Süßmuth	Präsidentin der OTA Hochschule, Bundestagspräsidentin a.D.	3

<u>T</u>	<u>Institution</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>
Prof. Dr. Clemens Tesch-Römer	Deutsches Zentrum für Altersfragen	3
Prof. Dr. Thusnelda Tivig	Universität Rostock	2
<u>V</u>		
Prof. Dr. James Vaupel	Max-Planck-Institut für demographische Forschung	1
Hans-Josef Vogel	Bürgermeister von Arnsberg	3
Prof. Dr. Bernhard Vogel	Konrad-Adenauer-Stiftung	1
<u>W</u>		
Prof. Dr. Uwe Wagschal	Geschwister Scholl-Institut München	1
Prof. Dr. Norbert Walter	Deutsche Bank Gruppe	1
Dr. Markus Warnke	Familienbund der Katholiken	1
Dr. Ursula Weidenfeld	Tagesspiegel	2
Frank-J. Weise	Bundesagentur für Arbeit	1
Prof. Dr. Joachim Wieland, LL.M.	Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt a.M., Institut für Öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht	2
Dr. Ole Wintermann	Bertelsmann Stiftung	1
Dr. Hans-Georg Wolf	Bundespräsidialamt	3
Dr. Hans-Jürgen Wolff	Bundespräsidialamt	
<u>Z</u>		
Olaf Zimmermann	Deutscher Kulturrat	3

### Impressum

Forum Demographischer  
Wandel des Bundespräsidenten  
in Zusammenarbeit mit der  
Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
[www.forum-demographie.de](http://www.forum-demographie.de)

Verantwortlich  
Andreas Esche  
Tel: 05241 81-81 500  
[andreas.esche@bertelsmann.de](mailto:andreas.esche@bertelsmann.de)

Art Direction  
Heike van Meegdenburg

Gestaltung  
A.Dreiplus, Gütersloh

Fotos  
Presse- und Informationsamt der  
Bundesregierung (BPA) Landes-  
vertretung Baden-Württemberg

Produktion  
Druckerei Festge, Oelde

[www.forum-demographie.de](http://www.forum-demographie.de)